

Die „Volkswacht“
erscheint wöchentlich 1 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Hauptstadt 1/1,
und durch Kolportage zu beziehen.
Preis vierteljährlich 12. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen 12. 2.50,
post ins Haus 12. 2.50,
wo keine Post am Orte, 12. 2.50.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Die „Volkswacht“
erscheint wöchentlich 1 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Hauptstadt 1/1,
und durch Kolportage zu beziehen.
Preis vierteljährlich 12. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen 12. 2.50,
post ins Haus 12. 2.50,
wo keine Post am Orte, 12. 2.50.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 124.

Breslau, Freitag, den 30. Mai 1913.

24. Jahrgang.

Grundtagssteuern.

Binnen fünf Wochen soll der Reichstag die Militärvorlage erledigen, den Nachtragsetat für 1913, den Wehrbeitrag zur Deckung der einmaligen Kosten, schließlich ein ganzes Bündel neuer Steuervorlagen, um das Gleichgewicht zwischen dauernden Ausgaben und Einnahmen wiederherzustellen. Die an sich fast unumgängliche Arbeit wird noch durch den Umstand erschwert, daß für die Beratung der neuen Steuer Gesetze jede zureichende Grundvorlage fehlt, denn die Regierung hat nach allgemeinem Urteil in der Finanzfrage vollständig versagt. Der in der Hauptsache nach sozialdemokratischem Rezept gearbeitete Wehrbeitrag wird ohne weiteres passieren. Von den Einnahmen, durch die dem Reich dauernde Einnahmequellen neu erschlossen werden, dürfte nicht allzuviel übrig bleiben. Sie sind weiter nichts als qualvolle Versuche, der Verarmung aus dem Wege zu gehen, die die Schaffung einer ausgiebigen Erbschaftsteuer oder einer ausgiebigen Vermögenssteuer oder beider zwingend gebietet. Die Vermögenssteuer will der Bundesrat nicht, die Erbschaftsteuer aber wollen die Schwarzblauen nicht, die zwar im Reichstag nicht die Mehrheit haben, deren Wille aber dem Bundesrat Befehl ist. Der Reichssekretär hat einen Ausweg aus dieser Klemme gesucht, er hat aber keinen gefunden, weil keiner existiert.

Ob bei den langwierigen Verhandlungen, die hinter den Kulissen zwischen Nationalliberalen und Schwarzblauen geführt worden sind, etwas Besseres herausgekommen ist, muß bezweifelt werden. Wenn man versucht, die Deckungsfrage mit derselben Mehrheit zu lösen, die die Militärvorlage bewilligt, so stößt man auf die große Schwierigkeit, daß man Besteuern mit der Mehrheit machen muß, die doch eigentlich die entschiedenste Gegnerin von Besteuern ist. Konservativ und Zentrum wissen, daß die Besteuern viel besser ausfallen werden, wenn sie statt mit ihnen, mit den Sozialdemokraten gemacht werden. Nur um zu retten, was noch zu retten ist, oder richtiger, nur um zu verderben, was noch zu verderben ist, wollen sie sich am Geschäft beteiligen. Dem Reichstag das allgemeine Wahlrecht soll auf dem Gebiet der direkten Besteuerung kein zu großer Einfluß eingeräumt, die Reichen, namentlich die Agrarier, sollen nach Möglichkeit verschont, der Mittelweg zu indirekten Massenverbrauchssteuern soll offen gehalten werden. Das sind die Gesichtspunkte, nach denen die Taktik des Zentrums ihr Verhalten einrichtet. Darum erklären sie, daß die neuen Steuern noch vor Verabschiedung der Militärvorlage und mit derselben Mehrheit wie diese gemacht werden müssen, darum lassen sie in ihren Erklärungen durchblicken, daß sie die Militärvorlage scheitern lassen würden, wenn nicht nach ihren Wünschen verfahren werde.

Der Grundsatz, der zur Bemäntelung dieses taktischen Manövers vorgeschoben wird, hat an sich keine volle Berechtigung: „Keine Ausgabe ohne Deckung.“ Will man aber diesen Grundsatz konsequent anwenden, dann muß man neue Ausgaben, wenn es irgend geht, solange verschieben, bis die Deckung für sie gefunden ist. Eine Finanzreform, wie sie durch die neue Militärvorlage notwendig wird, läßt sich aber nicht in wenigen heißen Tagen einer kurzen Sommerstimmung bewerkstelligen und deshalb muß die Verabschiedung der Militärvorlage bis zum Herbst verschoben werden. Das wäre der allein richtige Standpunkt auch für diejenigen, die an sich bereit sind, die Militärvorlage anzunehmen.

Entweder die Militärvorlage ist notwendig oder sie ist nicht notwendig. Die Sozialdemokratie hält sie für überflüssig, ja für schädlich und bekämpft sie darum. Das Zentrum tut so, als sei es von ihrer Notwendigkeit überzeugt — wie kann es aber dann erklären, es werde die Vorlage scheitern lassen, wenn mit Hilfe der Sozialdemokratie eine ausgiebige Erbschafts- oder Vermögenssteuer beschlossen würde? Hält das Zentrum die Vorlage für notwendig und lehnt es sie trotzdem ab, weil die Reichen die Kosten tragen sollen, dann begehrt es doch im Interesse der Reichen offenen und bewußten Vaterlandserrat. Garst ist aber, falls ihm die Art der Deckung nicht paßt, die Vorlage ablehnen zu dürfen, dann ist es verpflichtet, diesen doch offenbar nicht für unbedingt notwendig gehaltenen Militärgesetzentwurf unter allen Umständen abzulehnen.

Die Regierung will aber unbedingt schon zum 1. Oktober ihre Soldaten haben, und das Zentrum will diesen Umstand benutzen, um eine Lösung der Steuerfrage zu erzwingen, die seinen Wünschen und den Wünschen der ihm verbündeten Junker entspricht. Sofort auf indirekte Steuern zurückzugreifen, wird man allerdings nicht wagen. Dagegen besteht die Befürchtung, daß die Steuerreform mit einem Vorbedacht zu kurz bemessen wird, und daß man die günstige Gelegenheit verpasst, um sie auf Kosten des Massenverbrauchs zu ergänzen. Das Reich braucht erhebliche und entwicklungsfähige Besteuern, was man ihm geben will, ist eine spärliche und veräuserte Steuerbesteuerung der bestehenden Klassen. Und das Reich soll das schmachvolle Schauspiel erleben, daß eine lebenswichtige

Frage von den Volkswirtschaftlern gleichsam zwischen Tür und Angel mit dem Meißel in der Hand erledigt wird. Eine solche Grundtags-Steuerreform verstoßt gegen die Würde des Reichstags und die Interessen des Reiches.

Es gibt nur eine zweckmäßige Lösung der Steuerfrage, die liegt in der Richtung, die mit dem Wehrbeitrag beschritten worden ist, in der Richtung des sozialdemokratischen Programms, das Reichseinkommen, Reichsvermögen und Reichserbschaftssteuern fordert. Und es gibt nur eine vernünftige Art der Geschäftsverteilung: Verschiebung der Ausgaben wie der Deckung auf das übernächste Etatsjahr. Jetzt die Militärvorlage und die Steuer Gesetze in einem Aufwaschen zu erledigen, ist ebenso falsch, wie jetzt die Ausgaben zu beschließen und die Frage der Deckung bis auf den Spätherbst zu verschieben. Die Regierung, die wie ein eigenwilliges Kind auf der Fertigstellung der Militärvorlage zum allerersten Termin besteht, im übrigen aber die Führung völlig verloren hat, mußte selbst nach diesem Ausweg drängen, wenn sie die ihr anvertrauten Interessen sachlich vertreten wollte. Aber in eine zeitliche Verschiebung der Heeresvermehrung zu willigen, hindert sie ihr Respekt vor dem Wehrverein, und eine Erbschaftsteuer aus den Händen der Linken anzunehmen, hindert sie die Angst vor den Junkern. Sie hat mehr Furcht als Vaterlandsliebe!

Eine schwere Geburt.

Der Reichstag weiß noch garnicht recht, wie er angesichts der vorgerückten Zeit seine Wehr- und Zehrvorlagen in den Häfen bringen soll. Der Senatorenkonvent beschloß, in der laufenden Woche kleinere Vorlagen zu beraten. Ende der Woche wird die sozialdemokratische Interpellation, betreffend Elsaß-Lothringen, beantwortet werden. Die kommende Woche ist sittingsfrei. Die Budgetkommission soll, außer Montag und Dienstag, wegen der Landtagswahlen täglich von 10 bis 5 Uhr die Deckungsvorlagen beraten. Am 9. Juni tritt das Plenum wieder zusammen und beginnt am 10. Juni die zweite Lesung der Wehrvorlage. Außerdem regnet es jetzt Steuervorschläge. Unter Führung des Grafen Praschma wird an einem neuen Steuervorschlag gearbeitet, der zwar eine Reichsvermögenssteuer darstellt, aber den Einzelstaaten dabei so große Freiheit läßt, daß von einer einheitlichen Durchführung dieser Reichsvermögenssteuer keine Rede mehr sein kann. Der nationalliberale Abgeordnete Wasserhagen hat in der Budgetkommission des Reichstages zu dem außerordentlichen einmaligen Wehrbeitrag folgenden Antrag eingebracht:

§ 1 des Gesetzes wie folgt zu fassen: „Zur Deckung der Kosten der Wehrvorlage wird nach den Vorschriften dieses Gesetzes ein einmaliger außerordentlicher Wehrbeitrag erhoben. Der Beitrag besteht in einer Abgabe vom Vermögen, welche beträgt bei Vermögen von mehr als: 20—30.000 Mk. 50 Mk., 30—50.000 Mk. 100 Mk., 50—60.000 Mk. 120 Mk., 60—70.000 Mk. 150 Mk., 70—80.000 Mk. 210 Mk., 80—90.000 Mk. 240 Mk., 90—100.000 Mk. 270 Mk., 100—125.000 Mk. 400 Mk., 125—150.000 Mk. 500 Mk., 150—175.000 Mk. 600 Mk., 175—200.000 Mk. 700 Mk., 200 bis 225.000 Mk. 800 Mk., 225—250.000 Mk. 900 Mk., 250—275.000 Mk. 1000 Mk., 275—300.000 Mk. 1100 Mk., 300—350.000 Mk. 1300 Mk., 350—400.000 Mk. 1750 Mk., 400—450.000 Mk. 2000 Mk., 450 bis 500.000 Mk. 2250 Mk., 500—1.000.000 Mk.: für jede angefangenen 100.000 Mk. mehr, über 1 Million für jede angefangenen 100.000 Mk. 700 Mk. mehr.“

Der Wehrbeitrag wird nicht erhoben von Vermögen, die den Betrag von 20.000 Mark nicht übersteigen. Bei den in § 11 genannten Personen, die ein Einkommen von 10.000 Mark oder darüber haben, muß der Beitrag ohne Rücksicht auf Vorhandensein und Höhe des Vermögens betragen: bei einem Einkommen von mehr als 20.000 Mark bis 50.000 Mark 1 v. H., 50.000 bis 100.000 Mark 2 v. H., 100.000 Mark 3 v. H. Personen, die bei einem Vermögen von nicht mehr als 100.000 Mark den Nachweis führen, daß sie ein Gesamthausjahreseinkommen von weniger als 3000 Mark haben, sind auf ihren Antrag bei Vermögen bis 50.000 Mark von der Beitragsleistung ganz, bei Vermögen bis 100.000 Mark zur Hälfte freizustellen.

Von der fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie sind Anträge in Vorbereitung, die eine andere, und zwar etwas höhere Staffelung in Aussicht nehmen.

Von Zentrumsseite ist in der Kommission zum einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag folgender Antrag gestellt worden:

„Die Kommission wolle beschließen: 1. den § 1 wie folgt zu fassen: § 1. Zur Deckung der Kosten der Wehrvorlagen wird nach den Vorschriften dieses Gesetzes ein einmaliger außerordentlicher Beitrag erhoben. Der Beitrag besteht in einer Abgabe vom Vermögen, welcher beträgt:

von jedem Vermögen, welches	50 000 Mk. übersteigt	0,25 v. H.
„	200 000 „	0,50 v. H.
„	1 000 000 „	0,75 v. H.
„	5 000 000 „	1,00 v. H.

und 2. bei den in § 11 genannten Personen in einer Abgabe vom Einkommen, welches beträgt:

von jedem Einkommen, welches	7 500 Mk. jährlich übersteigt	1 %
„	15 000 „	2 %
„	30 000 „	3 %
„	40 000 „	4 %
„	50 000 „	5 %
„	100 000 „	7,5 %
„	500 000 „	10 %

Auswahl ist also genügend vorhanden, der Reichstag steht zwischen den Vorschlägen wie der Fels zwischen zwei Teufeln.

Verrechnung!

Mit der Erklärung des Zentrums, daß es seine Stellungnahme zur Wehrvorlage abhängig mache von der Entscheidung der Deckungsfrage, war die Haltung der Sozialdemokraten in der Budgetkommission am Mittwoch von selbst gegeben. Es handelte sich in der Mittwochssitzung der Kommission um die Frage, ob die zweite Lesung der Wehrvorlage sofort oder erst nach Erledigung der Deckungsvorlagen vorgenommen werden solle. Rechte und Zentrum geredet werden müsse, ehe die Wehrvorlage weiter beraten werden dürfe, und das Zentrum versetzte sich zu der ziemlich unerbittlichen Drohung, daß es die Militärvorlage abzulehnen werde, wenn nicht nach seinem Programm verfahren werde. Die Sozialdemokraten entschieden durch ihre Stimmen, daß nicht nach dem Programm der Schwarzblauen verfahren wird, und gaben damit dem Zentrum Gelegenheit, seine Drohung mit der Ablehnung der Militärvorlage wahrzumachen.

Die Taktiken des schwarzblauen Blocks predigen den Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie. Die Deckungsfrage müsse von derselben Mehrheit gelöst werden, die die Militärvorlage bewilligt. Am Mittwoch hätten sie aber sehr gerne eine Mehrheit mit den Sozialdemokraten gebildet, um ihrem Geschäftsplan zur Annahme zu verhelfen, und offenbar hatten sie auch ihre ganze Hoffnung auf den sozialdemokratischen Zuzug gestellt. Der Wunsch, die Verhandlungen über die Militärvorlage dazu verleiten, ihnen die Brücke zu bauen, die zu ihrem Ziel, der Verständigung aller bürgerlichen Parteien über Militär- und Deckungsvorlagen, führen würde.

Der Plan ist fürs erste mißglückt!

Politische Uebersicht.

Keine Wahlrechtsreform in Preußen.

Nach einer Meldung der freikonservativen „Post“ wird der neugewählte Landtag zum Donnerstag, den 12. Juni, zusammengerufen, um die notwendigen Wahlen vorzunehmen und um über die Teilnahme an dem Regierungsjubiläum des Kaisers zu beschließen. Dann bemerkt die „Post“:

In der Presse war die Nachricht verbreitet worden, daß in der zu erwartenden Thronrede bei Eröffnung des Landtages auf die Wahlrechtsreform Bezug genommen, und die Vorlegung eines neuen Entwurfs für das preussische Wahlrecht in Aussicht gestellt werden würde. Dies dürfte nicht zutreffen. Zurzeit sind Vorbereitungen für die Aufstellung eines derartigen Entwurfs jedenfalls nicht im Gange, und ebenso sind Beschlüsse, ob und wann eine Wahlrechtsreform an den Landtag gelangen soll, noch nicht gefaßt. Es ist demnach, wie uns von uninteressierter Seite ausdrücklich bestätigt wird, ausser Acht zu lassen, daß die Thronrede, mit der der neue Landtag eröffnet wird, einen derartigen Hinweis enthalten wird.

Die Sozialdemokratie hat sich in dieser Beziehung keinen Hoffnungen hingegeben. Sie ist überzeugt, daß es noch eines stärkeren Drucks von unten bedarf, ehe die Gewalthaber und das Junkerparlament sich entschließen werden, Reformen zuzustimmen.

Wahlenthaltigkeit.

Aus den verschiedensten Teilen Preußens liegen auch diesmal wieder Ziffern vor, die die geradezu lächerlich geringe Beteiligung an den Landtagswahlen erkennen lassen. So haben beispielsweise speziell bei den Bürgerlichen in der Stadt Köslin nur 22 Prozent der Berechtigten gewählt und davon waren 45 Prozent Sozialdemokraten. In der typischen Mittellandsgegend der Stadt haben von den selbständigen Kaufleuten 4 von 30, von den Handwerkern und Gewerbetreibenden 8 von 71, von den Verzeihen usw. 1 von 8, von den Beamten 2 von 13, von den Arbeitern 31 von 179, von den Handlungsgehilfen und Kleinrentnern niemand abgestimmt. Auch der spärliche Besuch der wenigen im Wahlfreie abgehaltenen Wählerversammlungen zeigte die vollständige Teilnahmslosigkeit, mit der die Bevölkerung den Landtagswahlen gegenübersteht.

Das „Berliner Tageblatt“ stellt fest, daß sich gerade die liberalen Wähler stark zurückgehalten haben. In Köslin, wo der sozialistische Kandidat bei der letzten Reichstagswahl fast 2000 Stimmen erhielt, wurden nur 201 freistimmige Stimmen abgegeben.

Viele haben sich sicher zurückgehalten, weil die öffentliche Stimmgabe sie abschreckte. Andere — und wir möchten annehmen, die Mehrzahl — sind aus Interesselosigkeit zuhause geblieben. Aber kann denen ein Vorwurf gemacht werden, wenn selbst ein politischer Redakteur des „Berliner Tageblattes“, Herr Paul Garms, sich rühmt, daß ihm die preussischen Landtagswahlen gefehlt seien? In einer Polemik mit der „Deutschen Tageszeitung“ schreibt der Mann in schöner Seelenruhe:

Ich möchte nicht, was mir mehr Recht gewesen wäre, als der Ausfall dieser Landtagswahlen. Befehligt kommt das daher, daß ich den größten Teil des Wahlkampfes an den Ufern des Wardalees genoss, das, von wo aus gesehen, selbst die abgelaßten Kömde preussischer Dreiklassenwahlen einen verhältnismäßig schmerzhaften Eindruck machen.

Die absolute Gleichgültigkeit hat in Herrn Garms nicht gehindert, am Tage nach der Wahl einen längeren Artikel

nach das Resultat zu schreiben und bei der Gelegenheit seinen Blick am Wahlauftrag des „Vorwärts“ zu üben; aber es bleibt doch immer recht eigenartig, wenn ein politischer Schriftsteller, der alle paar Tage das Bürgerturn auf die Schenken ruft, rund und reist erklärt, daß ihm der Ausfall der Landtagswahlen höchst schmerzhaft sei.

Gesetz über die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer.

Im „Reichsanzeiger“ vom 28. Mai wird das Gesetz über die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer veröffentlicht. Es hat nachstehenden Wortlaut:

§ 1. Die Beihilfen für unterstützungsbedürftige Kriegsteilnehmer aus dem Feldzug von 1870/71 und aus den von den deutschen Staaten vor 1870 geführten Kriegen — Gesetz wegen Abänderung des Gesetzes vom 23. Mai 1873, betreffend die Gründung und Verwaltung des Reichsinvalidenfonds, vom 22. Mai 1893, Reichsgesetzblatt S. 287, Artikel 13, III und IV und Gesetz, betreffend die Entlastung des Reichsinvalidenfonds, vom 9. Juni 1906, § 2 — werden auf den Betrag von 150 Mark jährlich erhöht.

§ 2. Den Witwen der Beihilfenehmer werden die Bezüge der Verstorbenen für die auf den Sterbemonat folgenden drei Monate befristet. Die Zahlung erfolgt im voraus in einer Summe.

§ 3. Die Beihilfen werden bei vorliegender, nicht nur auf vorübergehender Ursache beruhender Unterstützungsbedürftigkeit unabhängig von dem Nachweis der Erwerbsunfähigkeit gewährt. Bei der Festsetzung der wirtschaftlichen Lage sind Zuwendungen Dritter nur insoweit zu berücksichtigen, als sie auf rechtlicher Verpflichtung beruhen. Bei Feststellung der Fürsorgebedürftigkeit hat das politische Verhalten der Kriegsteilnehmer außer Betracht zu bleiben.

§ 4. Anwartschaft auf Bewilligung der Beihilfen haben unter sonst gleichen Voraussetzungen auch diejenigen Reichsangehörigen, die infolge ihrer früheren Staatsangehörigkeit in französischen Diensten in oder vor den Jahren 1870/71 an kriegerischen Unternehmungen teilgenommen oder in ähnlichen Diensten die Kriege von 1848/1850 oder 1864 mitgemacht haben. Gleichartige Zuwendungen anderer Staaten kommen auf die gesetzlichen Bezüge in Anrechnung.

§ 5. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Oktober 1913 in Kraft.

Das Gesetz bringt wenig genug.

Orden für Veteranenwohltäter?

Alle bisherigen Sammlungen und Veranstaltungen zugunsten alter, bedürftiger Kriegsteilnehmer haben bisher ein so kümmerliches Resultat gehabt, daß kaum eine nennenswerte Hilfe auch nur für wenige der Veteranen herausbrang. Das Land, das Milliarden für neue Rüstungen und Millionen für höchsten Luxus ausgibt, hat kein Geld, um die Ueberlebenden der letzten Kriege vor der Not des Lebens zu schützen. Deshalb wird der Vorkämpfer auf neue Geschwungen und ein „Reichsverband zur Unterstützung deutscher Veteranen“ hat ein neues Loosmittel gefunden, um die Veteranen, wie es in einem Zirkular heißt: „an ihrem Lebensabend der drückenden Not des täglichen Lebens zu entreißen, ihnen Unterkunft und ärztliche Fürsorge zu verschaffen“. Das Rundschreiben fährt nämlich fort:

Von allen Seiten rüstet man sich, um das 25-jährige Regierungsjubiläum Seiner Majestät unseres Kaisers zu einem Gedenktage der sozialen Fürsorge in unserer deutschen Vaterlande zu gestalten.

Unter all den wohltätigen Stiftungen, die für diesen Tag bereits gemacht oder in Aussicht genommen sind, nehmen auch einen ganz besonders hervorragenden Platz ein diejenigen für die Veteranenfürsorge. Auch der Reichsverband zur Unterstützung deutscher Veteranen veranstaltet im Hinblick auf das Regierungsjubiläum Seiner Majestät eine allgemeine Sammlung zur Unterstützung ehemaliger bedürftiger Krieger. Da nun die Rücksicht besteht, Seiner Majestät über das Resultat dieser Sammlung und die Namen der Spender einen offiziellen Bericht zu erstatten, so hofft der Reichsverband zuversichtlich, daß er durch die Opferwilligkeit aller Kreise des deutschen Volkes in der Lage ist, Seiner Majestät mitteilen zu können, daß eine Summe zustande gekommen ist, die den hohen Zielen des Reichsverbandes würdig erscheint. Dann aber wird zweifellos diese Nationalspende sicherlich eine der schönsten und edel-

sten Gaben zum Jubiläumskaisertage Seiner Majestät darstellen. Wir hoffen daher, daß auch Sie für die

„Kaiser-Jubiläumsspende“ für bedürftige Veteranen

einen einmaligen Betrag zeichnen werden. Wir bitten sehr ergebenst für Ihre Beitrittserteilung und für die Zeichnung zum Jubiläumsfonds, sowie für die Einzahlung der Beträge sich freundlichst des beigelegten Postcheckformulars zu bedienen.

In der zuversichtlichen Hoffnung seine Gefälligkeit zu tun, haben wir die Ehre zu zeichnen

mit vorzüglicher Hochachtung

Reichsverband zur Unterstützung deutscher Veteranen (E. V.)

Das Präsidium:
von Snyder, General der Infanterie à la suite des
Luftschiffer-Bataillons 2, Präsident.
Edwin Graf Dödel v. Donnerstern, Mitglied
des Abgeordnetenhauses, stellv. Präsident.

Wenn die Namen der Spender diesmal „Sr. Majestät“ vorgelegt werden, so ist wohl die Aussicht vorhanden, daß diesen oder jenem ein Vogel ins Knopfloch geflogen kommt und diese Aussicht wird harthärtige Geldbeutel welcher stimmen und der „sozialen Fürsorge“ den Weg ebnen. Hoffen wir also, daß Eitelkeit und Ordenssehnsucht dasjenige für die Veteranen zustande bringt, was tollere Tugenden bisher nicht vermochten.

Geheimgericht.

Vor dem Kriegsgericht der Gardekavalleriedivision in Potsdam stand am Mittwoch der Rittmeister Freiherr v. Uebelsheim vom 1. Garde-Ulanenregiment unter der Anklage wegen Mißhandlung eines Untergebenen. Er soll am 11. April d. J. den Ulanen Nöge am Halbe gepackt und ihn ein paarmal hin und her geschüttelt haben, so daß er gegen die Wand „fiel“. Die Verhandlung fand unter dem strengsten Ausschluß der Öffentlichkeit und der Presse statt. Selbst das Urteil wurde geheim gehalten. Der Presse wurde nicht einmal gestattet, in dem Zeugenzimmer Platz zu nehmen. Auch das Urteil, über das nicht das Geringste zu erfahren war, wurde in nicht öffentlicher Sitzung verkündet.

Die Einzelheiten über die Art und Weise, wie ein herrlicher Gardeoffizier seine Untergebenen zu lächtigen Soldaten erzieht, dürfen der Öffentlichkeit nicht bekannt werden. Das würde die Disziplin gefährden, und nebenbei der Kritik an der Behandlung der Söhne des Volkes im bunten Rock neue Nahrung geben. Diese Kritik aber schließt nach der Ansicht militärfrommer Seelen schon heute weit über das Ziel hinaus, und gerade jetzt sucht im Anschluß an die Debatten in der Budgetkommission ein Mitarbeiter des „Reichsboten“ den Nachweis zu erbringen, daß erstens die Mißhandlungen garnicht so schlimm seien und daß zweitens die — sozialdemokratische Verheerung der Jugend die Schuld an ihnen trage.

Wer Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, der weiß, daß trotz der gewaltigen Zunahme unserer Heeresformationen die Mißhandlungen von Untergebenen durch Vorgesetzte vollständig abgenommen haben, wie von Seiten des Kriegsministeriums, oft genug vor der breitesten Öffentlichkeit nachgewiesen worden ist. Das ist umso erfreulicher, als die Parteien der Opposition durch ihre Presse und ihre Organisationen von Jahr zu Jahr mehr gegen die Autorität im Staate aufwiegeln, die Jugend systematisch gegen alles, was Sitte, Zucht und Ordnung gebietet, rebellisch machen und zu verheeren suchen. Ich möchte all denjenigen, die die großen Tiraden wegen der Soldatenmißhandlungen halten, wünschen, daß sie einmal acht Tage lang nur die Rolle eines Unteroffiziers oder jungen Offiziers übernehmen sollten, die dazu verurteilt sind, einen von sozialdemokratischen Verheerern zu passivem Widerstand aufgehetzten Heerknecht zu erziehen, dem man es anseht, daß er es darauf anlegt, den Vorgesetzten zu reizen und außer Fassung zu bringen.

Als bestes Mittel gegen die Mißhandlungen empfiehlt der Reichsbotenmann nicht eine Erweiterung des Beschwerderechts, sondern eine Vertiefung des Pflichtbewußtseins und Stärkung der durch Religion und Sitte geheiligten Autorität. Wahrscheinlich würde er es für zweckmäßig

halten, wenn statt der Resolutionen zu Wünschen einer Verbesserung des Militärstrafrechts zugleich mit der Wehrvorlage ein Gesetz für Erweiterung des Religionsunterrichts angenommen würde.

Die Vernichtung menschlicher Arbeitskraft in den Kolonien

wird von dem Kolonialreisenden Röhrbach auch für die deutschen Kolonien bestätigt. Und zwar steht dieser für alle Kolonialpolitik begeisterte Politiker die Schuld an dem Verfall ausdrücklich der verkehrten Behandlung und übermäßigen Anstrengung der einheimischen Arbeitskräfte zu. Er schreibt in einem Reisebriefe der „Egl. Adsch.“:

Die meisten (der Kamerunleute) sind noch bei Kräften, aber es gibt doch schon eine Anzahl Kranke und Schlappe in der Kolonie. Ich kann mich nicht helfen — ich halte auch das vorchristliche Pöckelmaß von 30 Kilo für die Trägerlast für zu hoch. Ein kräftiger Mann mag es bewältigen können, ohne Schaden zu nehmen, und wenn die Lasten so befördert werden, wie es die Kaufmannsträger tun, die truppweise für sich laufen, ohne Weichen, der vorwärts drängt, so daß sie ruhen, marschieren, Lasten tragen können, wann und wie sie wollen, so mag es auch noch angehen. Sündert oder zweihundert Träger aber, in geschlossener Kolonne, mit Soldaten, die sie eskortieren, und Europäern, die ihre vorgeschriebenen Marschziele erreichen müssen, kommen an sich schon viel angestrengter vorwärts; es sind Leute von sehr verschiedener Leistungsfähigkeit darunter, und es ist unmöglich, daß sich der Marsch nach den Schwächsten richtet, weil man sonst überhaupt nicht vorankäme. Bei Expeditionen solcher Art würde ich in Kamerun nur 20 bis 25 Kilo für die Einzelkraft vorschreiben. Ich sehe, wie es jetzt bei uns ausgeht, nach Lage der Dinge gehen muß — und es ist doch eine fürchterliche Härte gegen die Leute, die allein von der zu schweren Belastung kommt. Wir haben alle versucht, die Lasten so weit es geht herunterzusetzen, aber viele läßt sich da nicht machen, namentlich nicht für die Beamten und Offiziere. Sie bekommen ihre Dienstlasten vollgenügend mit, und wenn sie sie leichter machen oder mehr Träger einstellen wollen, so müßten sie die aus ihren Privatmitteln bezahlen! Die Trägerwirtschaft ruiniert das Land in jeder Beziehung. Ich kann es nicht oft genug wiederholen: in dieser Kolonie Kamerun, die wir nun bald dreißig Jahre besitzen, nimmt unter unseren Augen die Bevölkerung an Zahl, Gesundheit und Leistungsfähigkeit ab, teilweise in einem Maßstab, der nur als besorgniserregend bezeichnet werden kann. Warum? Weil wir uns nicht rechtzeitig haben entschließen können, eine rationelle, zielbewusste Verkehrs-, Gesundheits- und Bevölkerungspolitik zu machen. Es ist bloßes Gerede, die Verantwortlichkeit dafür abzulehnen zu wollen, denn seit zehn, seit fünfzehn Jahren hätte es keiner größeren, als der gewöhnlichen menschlichen Einsicht bedurft, um zu sehen, was kommen würde und kommen mußte.

Mit anderen Worten: wir entvölkern unsere wertvollsten Kolonien durch Ueberanstrengung der Eingeborenen und werden eines Tages mit dem Lande dasitzen, das ohne eingeborene Arbeitskräfte seines Klimas wegen für uns absolut wertlos ist. Denn auch die Reservenquellen für Menschenmaterial, die an anderen Gegenden gewaltsam geöffnet werden könnten, erschöpfen sich bei dieser Methode schnell. Die Kulturarbeit der Europäer besteht also letzten Endes in der Degeneration und Ausrottung der Ureinwohner.

Ultramontane Geldmacherei.

Das meiste Geld kommt aus der Diözese Breslau.

Die „Kölnische Volkszeitung“ hat sich vor einiger Zeit gegen den unkontrollierten Betrieb des Bettelwesens geäußert. Dieser Bettelbetrieb floriert ziemlich stark. Er dient der Schornstein für Kirchen oder sonstige kirchliche Einrichtungen und geht meist von einzelnen interessierten Geistlichen aus. Das rheinische ultramontane Blatt wendet sich nun nicht gegen die Bettelerei an sich, dieser unkontrollierte und dezentralisierte Betrieb ist ihm nur ein deswillen verhasst, weil der Klerikale in seinem Verhältnis steht zu den Untertanen. In Nr. 452 vom 27. Mai geht die „Kölnische Volkszeitung“ einem Pfarrer Beher in Groß-Nichterfelde-Berlin zu Leibe, der sich auf dem Gebiete der Bettelerei besonders betriebsam gezeigt hat und der den Einwand der „Kölnischen Volkszeitung“ noch mit dem Hinweis auf die Sammelarbeit des Bonifatiusvereins und seine Unkosten pariert. Es wird dem Pfarrer Beher vorgehalten, daß bei zwei Bettelbriefunternehmungen die Unkosten 66,66 und 55,19 Prozent —

In schlimmen Händen.

Roman von Eric Schlatzer.

82) Dagmar drehte sich noch einmal vor dem Spiegel; es war alles in Ordnung.
„Sieh dir die Arme an.“
Sie konnte Aris Schwäche.
„Was soll's?“
„Dann das Kleid.“
Frau Engelbrecht holte den leibenen Rock und Dagmar zog hinein.
Die alte Oberin ist gar nicht so schlecht, wenn man sie nur fern an der Wand hat. Ich habe ihr den Rock beinahe zurückgegeben, das letzte Mal hat sie gehaut, aber nun ist's anders.
Sie schick ihn vor dem Spiegel glatt.
Frau Engelbrechts Augen leuchteten in Bewunderung.
„Sieh dir ihn hinten an.“
„Glänzend.“
Dagmar konnte die Hände fest in die Hüften.
„Nicht wahr? Ich bin nicht hübscher geworden. Wenigstens nicht in den Hüften.“
„Aber Sam.“
„Wenn ich fett werde, hängt es mich an. Sind die Kräfte anders?“
„Ich finde nicht.“
„Sieh sie von der Seite an!“
„Dann wie immer.“
„Die Brust wird immer hübscher.“ Dagmar juchzte.
„Das ist doch gut, meine Frau Engelbrecht ungeschuldig.“
„Ja, es kommt darauf an. Wenn es nur bei den Hüften bleibt, hat es wenigstens nichts auf sich. Ach mir die Taille.“
Frau Engelbrecht juchzte kaum ihre Hände. Dagmar war fertig.
„Sie hat alles vor dem Spiegel prüft.“
„Aber der Brustteil ist hübsch.“
„Dagmar, meine sie gebüßelt, geht das hinten nicht doch zu weit?“
„Nicht zu weit? Das wird er ja gerade.“
„Nicht Du das bestimmt?“
„Oh ja das.“ Dagmar sah sie an, als ob sie verneint werden sollte.
„Ja, natürlich weißt Du es. Ich meine nur, ob es so nicht sein darf.“
„Genauso wie. Verlang Dich davon.“
Sie stand mitten im Zimmer und fing an, die langen weißen Schürzen anzuziehen.

Frau Engelbrecht wurde von einer Frage beunruhigt.
„Sag mal, weißt du Kammern im Grunde, daß Du auf den Ball gehst?“
„Oh er das weiß? Agels Einladung war ja an ihn adressiert.“
„Dann war er nicht krank, er lag wenigstens nicht im Bett.“
„Nun ja! Kann! Er hat ja kein Fieber mehr!“
„Nein, jetzt vorhin nicht. Ich meine nur...“
„Was meinst Du?“
Dagmar juchzte ihr einen flammenden Blick. Es hätte gerade gefehlt, daß sie auch noch anfragt.
„Ja, Du mußt ja nicht glauben, daß ich Dir hineinreden will. Ich kümmere mich nicht um Deinen Mann.“
Frau Engelbrecht wies jeden Verdacht von sich. Sie hatte längst eingesehen, daß man mit Dagmar nicht spaßen konnte.
„Ja, also! Dann komm!“
Dagmar hatte den letzten Knopf geschlossen, sie nahm die Schleppe über den Arm und stieg vorzüglich die schmale Stiege hinunter.
Das Dienstmädchen stand wie in Eshurort gebarnt; die andere kam eifrig aus der Küche hinzu. Dagmar schien ihnen ein Wesen aus einer ganz anderen Welt zu sein.
Ihr Dagmars Lippen ging ein unmerkliches Lächeln; sie war zufrieden. Die Mädchen zogen sich wieder zurück.
„Wenn ich weg bin, kümmere Du die Kammer wieder auf.“
„Sag den allen Dingen die Mädchen mit großer Vorsicht in den Schrank.“
„O ja, so ja!“ Frau Engelbrecht war ganz entsetzt, daß sie es in diesem Punkte an dem nötigen Respekt fehlen lassen sollte. Sie hatte in ihrem ganzen Leben keine Hofen angehabt. Und diese waren nun der feinsten Seite.
„Das eine Mädchen bleibt auf, bis ich komme.“
„Ja.“
„Gleichgültig, wie spät es wird.“
„Es ist.“
„Hilf mir.“ Sie stand ganz regungslos.
Im Schlafzimmer wurde Agels Stimme hörbar.
„Hörst Du?“ Sie ging sofort hinein.
Agel rief unwillkürlich die Knochen zusammen, als er ihr den Arm bot.
Die sie hinaustraten, öffnete er ihr den Wagenschlag.
Frau Engelbrecht stand kummend daneben, wie er ihr beim Einsteigen die Schleppe hielt. Als sie dann saßen, schloß sie die Tür mit einem heftigen Schloß. Die Pferde zogen an und der Wagen rollte geräuschlos durch den weißen Schnee.

„So“, dachte Frau Engelbrecht, „Gott sei Dank, nun kann man auch mal nach Lorenz Kammern sehen.“
Kammern lag auf dem Rücken ganz still und regungslos. Er lag den größten Teil des Tages in dieser hindernissen Teilnahmslosigkeit. Frau Engelbrecht kam dann und wann ins Zimmer. Wenn er etwas wollte, rief er sie durch ein Zeichen ans Bett und sagte ihr seinen Wunsch mit leiser Stimme. Dagmar sah er nur selten, an manchem Tage kam sie überhaupt nicht zu ihm. In der ersten Zeit war er darüber traurig gewesen, er war es aber nicht mehr. Er war ganz zufrieden, daß er allein sein konnte. Er war so matt, so ganz körperlich matt. Die Phantasien waren geschwunden, wenigstens schwammen sie nicht mehr vor seinen wachen Augen. In den Träumen hüllten sie ihn ein, aber am Tage war er bei klarem Bewußtsein. Das Fieber war stark zurückgegangen, aber gelichtet war es noch nicht. Einige Grad hielten sich hartnäckig. Ein feiner, trüber Schweiß war zwischen ihm und den Dingen. Er sah sie wohl, aber sie waren leicht unklar und fern. Er war allein, er war für einige Zeit aus dem Leben geschieden, es war ganz gut, daß es so gekommen war. Septimus sprach täglich vor, er war mit seinen Beständen zufrieden.
„War das nicht ein Wagen?“ fragte Kammern, als Frau Engelbrecht ins Zimmer kam. Er sprach ganz leise, um sich nicht noch zu machen. Er wollte sich am liebsten dem Schlaf wieder anheimgeben, dem er sich nur halb entwunden hatte.
„Es war Agels Wagen.“
„Was wollte er von mir?“
„Er hat Dagmar abgeholt.“
Kammern rief die trübigen Augen auf und sah sie fragend an.
„Glauben Sie vergessen, daß sie auf den Ball wollten?“
„Sind sie...“
„Er richtet sich mühsam hoch, die Kräfte wollten nicht, er mußte sich gewaltsam anstrengen. Die Augen waren so sonderbar weit aufgerissen. Frau Engelbrecht wurde ängstlich. Es würde ihm doch wohl nichts passieren?“
„Sind sie...“
„Gott“, sagte Frau Engelbrecht, aufstehend mit selbstverständlichen Klänge, aber mit festen inneren Unbehagen.
„Ja so.“ Er fiel schwer in die Kissen zurück.
„Sie sind auf den Ball gegangen“, wiederholte er mehrmals, als er wieder lag. Er mußte noch mehrmals die Lippen bewegen, bis er es begriffen hatte. Er konnte seine Gedanken so gar nicht mehr zusammenhalten.
„Soll ich Ihnen etwas bringen?“ fragte Frau Engelbrecht.
Er drehte sich nur nach der Wand, er antwortete nicht.
(Fortsetzung folgt.)

In Bayern: von 45.000 : 30.000 und von 145.000 : 90.000 Wrt. ... Der ganze Streit interessiert nichtultramontane Kreise ...

Reichs- und Staatsangehörigkeit.

Der Besetzungswurf über die Reichs- und Staatsangehörigkeit liegt dem Reichstag schon seit Beginn der Session, also seit seinem Zusammentritt, vor. Die Kommission hat in langer Beratung den Entwurf durchgearbeitet, und ein umfassender Bericht stellt ihre Beschlüsse zusammen.

Der Zentrumsredner Dr. Belzer konnte gegenüber dieser Kritik nur einwenden, daß die Sozialdemokraten in der Kommission ja schließlich dem Entwurf zugestimmt hätten ...

Ausland.

Die Reaktion in Frankreich.

Unser Pariser Korrespondent schreibt uns vom 27. Mai: Ein Glutbauch von Reaktion weht über Frankreich: das Ministerium Barthelemy-Gienna, hat sich unter dem direkten Einfluß des Präsidenten Poincaré entschlossen auf den Kampf, den das Volk gegen die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit führt ...

Partei mußte die Regierung vorgehen, wenn sie ganz nach den Wünschen des Zentrums und der Rechten handeln wollte. Aber die Tatsache, daß bis heute auf der „Humanität“ noch keine Auslieferung stattfand, herrscht, daß Barthelemy davor abgerat ...

Nur ist es gar keine Frage, daß die Polizei da und dort auch Briefe von Soldaten entdecken konnte: sei es durch verlässliche die „Humanität“ und die „Wachtel Syndikate“ Briefe von Soldaten, in denen die „ragen über das dritte Jahr und über die Zurückbehaltung der Masse laut wurden ...

Die reaktionäre Presse ist natürlich heute morgen des Nobes voll für die Regierung und eifrig blasen alle Patrioten: „Jetzt nur weiter so, der Anfang ist gut“ ...

1 1/2 Millionen für das russische Heer. Die Reichsduma hat die Generaldiskussion über das Budget beendet. Der Vorsitzende der Budgetkommission Alexejew ...

Befragung eines amerikanischen Senators. Senator Stimwall, der angeklagt war, für seine Unterstützung gewisser Reformen in der Börsegesetzgebung Geld verlangt ...

Gewerkschaftsbewegung.

Stadt und Provinz.

Zum Streik bei der Firma S. Friedeberg. Asphalt- und Dachpappfabrik in Breslau.

Seit dem 13. Mai stehen die Asphaltreue, Schwarzbeder und Hilfsarbeiter dieser Firma im Streik. Sie verlangten eine allgemeine Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde. Diese gewiß sehr bestehende Forderung wurde von der Firma jedoch nicht bewilligt ...

Deutsches Reich und Ausland.

Neue Schwierigkeiten bei Werdigung im Malergewerbe. Es war vorauszu sehen, daß die Wiederaufnahme der Arbeit nach Annahme des neuen Schiedspruchs im Malergewerbe nicht glatt vonstatten gehen würde ...

Sollte eine Werkstatt in der nächsten Zeit von der Gehilfen durch Streik angegriffen werden, so bitten wir, dies sofort zu melden; den betreffenden Gehilfen ist mitzuteilen, daß sie auf eine schwarze Liste gesetzt werden und ein Jahr lang nirgendwo mehr beschäftigt werden ...

Wrt gegen die Angriffe der Gehilfenchaft gestellt sein. Angegriffene Kollegen wird durch Unterstützung von Arbeitskräften aus andere Werkstätten geholfen werden.

Der Hauptverband der Unternehmer steht diesem Schiedspruch nicht ab, sondern offenem Abfall dieses Bauverbands, völlig hilflos gegenüber. Ebenso treibt es der als Schiedsmacher bekannte Hamburger Vorsitzende der Unternehmer und Innungsobermänner ...

Die Beendigung der Lohnbewegung im Betongewerbe durch Schiedspruch. Bei den Verhandlungen über die Lohnbewegung im Baugewerbe wurde mit den Parteien vereinbart, daß auch das Betongewerbe mit in den Tarifvertrag ...

Die Unterchieden bei den im Betongewerbe beschäftigten Arbeitern 1. Zementfacharbeiter, 2. Zementarbeiter. Das Schiedsgericht definierte näher, was unter Zementfacharbeitern und Zementarbeitern zu verstehen ist.

Beendigung des Kampfes der Strohhandwerker in den Unterweserkorten. Nach fünfmonatlicher Dauer konnte dieser Kampf mit einem Teilerfolg beendet werden. Ungeachtet steht die Organisation trotz des langen und harten Kampfes da ...

Arbeiterbewegungen in Italien. Die Industriellen der Metallbranche in Turin haben den Arbeiterausschluß beschlossen, um auf die Ausschüßigen der Automobilbranche, welche bereits vor zwei Monaten die Arbeit niederlegten, einen Druck auszuüben ...

Der Führer der Mailänder Streikbewegung, der Arbeiter Corriboni, ist verhaftet und unter starker Bewachung in das Polizeigefängnis eingeliefert worden. Corriboni ist die Seele des Ausstandes und der einflussreichste Führer der Ausschüßigen ...

Straßenbahnstreik in Mailand. Der Verkehr der elektrischen Straßenbahn ruhte am Mittwoch vollständig, da sich sämtliche Straßenbahnfahrer und Schaffner der Ausschüßigen Bewegung angeschlossen haben ...

Beziehungen der russischen Markt-Notierungskommission. Breslau, den 24. Mai. Die Kommission hat folgende Preise für 100 Kilogramm festgesetzt:

Table with 4 columns: Name, 1st quality, 2nd quality, 3rd quality. Rows include Weizen, Roggen, Gerste, etc.

Advertisement for 'Unsere Marine' cigarettes. Features a flag with 'Ersklassig' and '2 Pfg CIGARETTE'. Text includes 'GEORG A. JASMATZKI AKT.GES. DRESDEN' and 'Größte deutsche Cigarettenfabrik'.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 29. Mai.

Die bevorstehenden Abgeordnetenwahlen.

Den Freisinnigen, die sich geneigt gezeigt haben sollen, mit den Sozialdemokraten ein Bündnis einzugehen, regnen die Vorwürfe nur so aufs Dach. „Jubastaktik“ ist noch einer der gelindesten unter ihnen. Um Verwirrung ins liberale Lager zu bringen, sollen die Nationalliberalen aufgepuscht werden, über deren Wahlabkommen mit den Fortschrittlichen die „Post“ schreibt:

„Soweit bekannt, enthielt jenes Wahlabkommen die Klausel, daß keine von beiden kontrahierenden Parteien sich ohne Zustimmung der anderen in ein Wahlabkommen mit einer dritten Partei einlassen dürfe. Ist dies richtig, dann würde ein fortschrittliches Stichwahlabkommen mit den Sozialdemokraten entweder einen Bruch mit jener Vereinbarung bedeuten müssen oder die autoritative Zustimmung der nationalliberalen Parteileitung erhalten haben. Letzteres wieder würde in unzulässigem Widerspruch mit der in der Stichwahlparole niedergelegten grundsätzlichen Stellung der nationalliberalen Partei zu den Sozialdemokraten stehen. Ferner kommt in Betracht, daß in Breslau und Liegnitz nicht bloß ein fortschrittliches, sondern auch ein nationalliberale Kandidaten handelt. Es ist daher auch für den Fall eines solchen Stichwahlabkommens zwischen Fortschrittlichen und Sozialdemokraten in. merhin fraglich, ob auch die nationalliberalen Kandidaten davon profitieren sollen und profitieren wollen. Eine Klarstellung des wirtlichen Sachverhaltes seitens der nationalliberalen Parteileitung erscheint unter diesen Umständen unbedingt geboten.“

Die hiesige konservativ-merikale Presse fordert dagegen die Nationalliberalen direkt auf, aus dem Lager der vereinigten Liberalen herauszumarschieren. Am liebsten findet sich das Mittschleblättchen mit der neuen Situation ab, es benutzt sie frischweg zum Abonnentenfang:

Der neue Verrat des Freisinn

an der allen bürgerlichen Parteien gemeinsamen nationalen Sache durch schändlichen Mandatsverkauf mit der Sozialdemokratie macht es allen denen, die mit Gott für König und Vaterland, der Lösung unserer Vorfragen von 1813, gegen den Unsturz kämpfen, zur Pflicht, nur die Parteien zu unterstützen, denen jene Lösung selbstverständlich ist. Das ist es bei uns Deutsch-Konservativen! Seit Jahrzehnten hat es die deutsch-konservative Partei als Ehrensache angesehen, dem Unsturz mit Todesfeindschaft zu begegnen. Das darf und kann sich aber nicht nur auf die Zeiten der Wahlen beschränken. Auch sonst muß unser ganzes öffentliches Leben von konservativem Geiste durchdrungen sein. Das beste Mittel dafür ist eine ausgeübte Parteipresse, die den Deutsch-Konservativen in der „Schlesischen Morgenzeitung“, dem einzigen offiziellen Parteiorgan usw. usw.

Das ist eine große Auffassung der Situation.

Uebrigens wurde in einer konservativen Wahlmänner-Versammlung mitgeteilt, daß die Rechte gegen 30 Wahlmänner-Mandate, darunter viele sozialdemokratische, Protest eingelegt habe.

Gegen die Abstinenz.

Zog der Verband deutscher Spiritus- und Spirituosjen-Interessenten am Dienstag gegen die Spiritus-Zentrale vom Leber, oder man hat wenigstens so, so sollte am Mittwoch vor-mittag durch eine „machtpollige Kundgebung“ (etwa 250 Leute wurden von 16 Vereinen glücklich zusammengebracht) gegen die „Uebergriffe der Abstinenzbewegung in Breslau“ protestiert werden. Die meisten Leber werden vielleicht härter nachsinnen, welche graue Taten die Abstinenten hier in Breslau anrichtet haben, wo doch, wie allen Eingeweihten bekannt ist, die eigentlichen, wie die Arbeiterabstinenzbewegung kaum über die ersten Anfänge hinausgekommen ist. Vielleicht haben die Herren wirklich Grund, besonders hier in Breslau ein Geschrei über den Rückgang des Schnapskonsum anzustellen; ging doch von hier die Anregung zu dem von der deutschen Sozialdemokratie durchgeführten Schnapsboykott aus. Und dann: wenn man durch eine machtpollige Kundgebung der Öffentlichkeit die furchtbaren Gefahren der Abstinenz vor Augen führen wollte, warum schloß man die Öffentlichkeit so geistlich aus, indem nur verstaubte Einladungen zum Eintritt berechnigten?

Die Sozialdemokratie hat wiederholt Stellung zur Alkoholfrage genommen, und es erübrigt sich daher, hier noch einmal alles zu wiederholen. Schon aus politischen Gründen brauchen wir jeden Rückgang des Schnapsverbrauches, wie wir auch gegen die günstigen moralischen und gesundheitlichen Folgen eines solchen Rückganges nicht blind sind. Wie brauchen darum noch lange nicht mit allen Anschauungen der Abstinenten einverstanden zu sein, wenn wir auch schließlich ihren Eifer verstehen. Denn ohne gewisse Uebertreibungen und Fanatismus ließe sich bisher noch keine Bewegung durch. Andererseits kann man es den Brantweininteressenten nicht übel nehmen, daß sie gegen diese Bewegung, die ihre wirtschaftliche Existenz untergräbt, energig antämpfen. Nur brauchen sie ihre Stimme darum nicht gleich im Namen der „gefährdeten Kultur“ zu erheben. Behauptete doch der erste Redner, Dr. Bauer (Angestellter des Deutschen Brauerbundes): Mit zunehmender Kultur erhöhe sich der Alkoholkonsum (dennach wäre also Rußland mit seinem enorm hohen Schnapsverbrauch der erste Kulturstaat Europas, und Oberstleuten für Deutschland das Paradies seiner Lebensart) und der kaufende deutsche Arbeitsstudent wäre die Blüte der Nation u. dgl. mehr. Durch solche Behauptungen, mit denen sie allzuviel beweisen wollen, beweisen sie gar nichts, sondern liefern damit nur ihren Gegnern Waffen. Da kam der dritte Redner, ein Gastwirt Schulz aus Bronnberg, der Wahrheit schon erheblich näher, wenn er den Rückgang des Alkoholverbrauches im allgemeinen nicht bloß auf die Abstinenzbewegung, in der Herr Bauer vom „Wissenschaftlichen“ Standpunkt eine Art Geisteskrankheit zu erkennen glaubt, zurückführte, sondern seine natürliche Ursache in der gehobenen Lebenshaltung der Arbeiterklasse sah. Das einzig interessante Moment in der sonst recht langweiligen Vorlesung des Herrn Bauer war der Gedanke: daß alle Gegner des Alkoholkonsums gestraft wären. (Uebrigens keine neue Idee, hat man doch auch schon den Sozialismus als eine Art Geisteskrankheit bezeichnet.)

Auf einer höheren Stufe stand dagegen der zweite Vortrag: Bedeutung des Alkohols und der alkoholbrauchenden Gewerbe-tweige in der deutschen Volkswirtschaft, den der Generalkonferenz-Dr. Neumann hielt. Durch umfängliches Material wußte er die

volkswirtschaftliche Bedeutung der Alkoholverteilung und Ver-erbreitung, in der etwa eine Million erwerbstätiger Personen beschäftigt sind, und die jährlich für 1 bis 1 1/2 Milliarden Mark Werte erzeugen. Das sind zweifellos wirtschaftliche Größen, die man nicht mit einem Strich aus dem Wirtschaftsbuche eines Volkes herausstreicht, indem man den Alkohol mit einem Schlag beseitigt, was auch nicht gut möglich wäre. Die Abstinenten behaupten nun: diese ungeheuren Kräfte können zum guten Teil allmählich in nützlicher Weise der Menschheit dienstbar gemacht werden.

Ein Redner bedauerte auch, daß die Stadtbewal-tungen ihre Ausgaben so stark verkleinern, daß sie statt den Spiritusinteressenten auf jede Art zu helfen, ihnen noch in den Rücken fielen und die Mäßigkeitsvereine und ähnliche Institute unterstützen. Leider gehöre hierzu auch Breslau. Es wurde dann eine lange Resolution angenommen, in der den angeführten Kritikern über den Alkohol entgegengetreten wird.



Heute abend

im großen Saale des Gewerkschaftshauses Wahlmänner- und Mitglieder-Versammlung des sozial-demokratischen Vereins Breslau. Es ist über die Frage zu entscheiden: Wie wählen wir am 3. Juni? Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.



Von der Jahrhundertfeier.

Der Sport des Sonntags.

Der kommende Sonntag bringt im Rahmen der Jahr-hundertfeier wiederum zwei feierliche sportliche Veranstaltungen und zwar nachmittags um 3 1/2 Uhr große leichtathletische Wett-kämpfe des süddeutschen Athletik-Verbandes unter Beteiligung der besten Leichtathleten des „Schlesien“ und „Polen“. Das ab-wechslungsreiche Programm enthält unter anderem Militär-läufe, Ringkämpfe, Statuettenläufe, Studentenläufe, Diskus-werfen, Steinstößen, Hürdenläufe, Tauglehen für Militär, Stab-hochspringen und Hindernislaufen. Bereits am Vormittag von 9 Uhr an werden in den besonders stark besetzten Konkurrenzen Vorkämpfe veranstaltet. Um 7 Uhr abends ist ein Hockey-Futsal-Spiel des Breslauer Hockey-Verbandes um den Ehrenpreis der Ausstellungen für die Jahrhundertfeier. Als Gegner stehen sich Kieboverein Wratkavia I und Rollschuhklub Wratkavia I gegenüber. Die Eintrittspreise sind aus den Plakaten er-sichtlich.

Verlängerte Verkaufzeit.

Für den Verkauf von Schwären, Zigarren und Andenken an Sonn- und Festtagen in festen Verkaufsstellen hat der Re-gierungspräsident bis Ende Oktober 1913 eine verlängerte Ge-schäftszeit bis 8 Uhr abends unter der Bedingung zugelassen, daß die Angestellten und Arbeiter nicht am Besuche des Gottes-dienstes behindert werden und ihnen an Stelle des Sonntags eine vierundzwanzigstündige Ruhezeit an einem Wochentage ge-währt wird.

Gerhart Hauptmann-Festspiel.

Für Sonnabend, den 31. Mai, Uraufführung des Haupt-mann-Festspiels, sind, wie uns mitgeteilt wird, nur noch einige Plätze zu 11, 3,50 und 2,50 Mk. im Vertriebsbureau Barasch zu haben. Alle anderen Preislagen sind ausverkauft. Für die Vor-stellungen Sonntag, den 1. Juni, und Dienstag, den 3. Juni, werden von heute an die Eintrittskarten ausgegeben.

Der Arbeitswillige mit dem Ohrenziemer.

Der Arbeiter Franz Spichale begegnete am Nachmittag des 15. Februar 1913 (einem Sonnabend) auf der Frankfurter-straße den Arbeitswilligen Hänel, Wilde und Kliche, die von der bestreikten Firma Schoeder u. Pehold in Hofel aus der Arbeit kamen. Spichale fragte Hänel, was er in der Fabrik verdiene. Hinter dieser harmlosen Frage witterte der Gefragte gleich „Terrorismus“ und er gab deshalb eine grobe Antwort. Zufällig gehörte aber Spichale weder zu den Streikenden, noch war er überhaupt organisiert. Es soll auch nicht verschwiegen werden, daß er damals leicht angetrunken war. Da er sich durch das grobe Verhalten des Arbeitswilligen gereizt fühlte, ließ er sich zu der Bemerkung hinreißen: „Ihr Streikbrecher seid das Anipuden nicht wert.“ Wie Spichale angibt, ist er darauf von Hänel zuerst mit einem Ohrenziemer heftig geschlagen worden. Allerdings hat auch Spichale dafür den Hänel ge-prügelt. Die am Streit beteiligten Arbeiter Alois Finde-lee und Johann Kupke kamen später hinzu und wurden Zeugen der Kauferei. Der Arbeitswillige will von Spichale einen Schlag ins Gesicht bekommen haben. Findelee soll zu Hänel gesagt haben: „Na warte du Dump, nächste Woche werden wir dir schon die Wampe abräumen“. Kupke war be-müht, dem Arbeitswilligen Hänel den Ohrenziemer zu entwir-den, nicht aber in der Absicht, ihn wehrlos zu machen, nur um Unheil zu verhüten.

Am Mittwoch mußten sich Spichale, Findelee und Kupke wegen verurteilter Mittätag, gefährlicher Körperverletzung und Beleidigung vor der dritten Strafkammer verantworten. Die Beweisaufnahme ergab, daß Spichale von einem Arbeitswilligen mit einem Ektropf und von Hänel mit dem Ohrenziemer geschla-gen worden ist. Der Zeuge Arbeiter Paul Aebhermann bekun-dete eidlich, daß Spichale nach der Mishandlung durch den Arbeitswilligen geblutet hat. Mit dem Ektropf hat, nach der Aussage eines Zeugen, ein „kleiner dicker“ Arbeitswilliger geschlagen, der leider nicht zu ermitteln war. Spichale ist noch nie bestraft. Wegen ihn beantragte der Staats-anwalt drei Monate, gegen Findelee und Kupke je drei Wo-chen. Rechtsanwalt Dr. Ehlendurg führte aus, es sei fest, daß Spichale von den Arbeitswilligen arg a. rüggelt worden ist. Es sei nicht zu verstehen, wofür dieser Angeklagte drei Monate sitzen soll. Kupke, der dem Arbeitswilligen Hänel ein ge-fährliches Werkzeug entwirnden wollte, habe sich überhaupt nicht- strafbar gemacht. Die Beleidigung des Angeklagten Findelee sei doch auch nicht so schwer, daß drei Wochen Gefängnis nötig seien. Die Strafkammer verurteilte Spichale wegen Körperver-letzung und Beleidigung zu zwei Monaten Gefängnis, Kupke wegen Beleidigung zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die Blumenpflege durch die Volkshilfskinder hat einen immer größeren Umfang angenommen. Als man, damit vor 17 Jahren in Breslau begann, wurden nur 300 Pflanzen aus-gegeben; in diesem Jahre sind 12000 Blumen ausgegeben wor-den. Die Kinder versammelten sich am Mittwoch in der Lesing-turmhalle, in der Jahnturnhalle und in der Halle an der Guben-bergstraße, wo nach Verlauf und Ansprachen die Blumen verteilt wurden. Der Verein Breslauer Handelsadmirer hatte Tausende, Pelargonien, Buntneissen, Begonien, Portulacken, Rosen, Narzissen, Salzien, Anulien, Drageen zc. geliefert. Jedes Kind erhält in der Schule eine Anleitung zur Blumenpflege: Ratgeber zur häuslichen Blumenpflege, dazu auch Stäbchen und Bast zum Anbinden

Billige Vereinsbillets

für die Vorstellung der Egl-Tiroler-Gruppe am Donners-tag, Freitag und Sonnabend abend sind in der Expedition des „Volkswacht“ zu haben. Die Billets kosten 40, 50, 75 Pfg. und 1 Mk. Zur Aufführung gelangt am Donnerstag „Deutsche Paucern“, am Freitag „Der ledige Hof“, am Sonnabend „Glaube und Heimat“.

Ein moderner Abenteuer.

stand am Mittwoch vor der dritten Breslauer Strafkammer wegen Mißfallbetruges. Es ist der etwa 40 Jahre alte Mechaniker Richard Schwager, der außer zahlreichen Vorstrafen eine recht bewegte Vergangenheit hat. Im Jahre 1888 reiste der Un-gelagte nach Frankreich und meldete sich in St. Quentin bei der Fremdenlegation, wo er sechs Jahre, bis 1894 diente. Dann kehrte er nach Deutschland zurück und ließ sich in Dresden nie-der. Nach einigen Jahren wandte er sich nach London, ging von dort nach Paris und trat später zum zweiten Male als Fremdenlegations in französische Dienste. Nachdem er fünf Jahre in der Legion gedient hatte, kehrte er im Jahre 1899 wieder nach Deutschland zurück. Während des Burenkrieges begab er sich nach Afrika und kämpfte in Johannesburg mit den Buren gegen die Engländer. Von diesen wurde Schwager auf Vorkatrouille gefangen genommen und als Kriegsgefangener nach Colombe an der See gebracht. Es gelang ihm, aus der Gefangenschaft zu entweichen und nach Deutschland zu fliehen. Hier verübte er einen großen Betrug, ging wieder über die französische Grenze und wurde zum dritten Male Fremdenlegations. Er floh aber, kam auf spanisches Gebiet und landete im Jahre 1908 erneut in Dresden.

Von dort aus ließ sich Schwager im „Breslauer General-Anzeiger“ folgendes Inserat 103: „Eine Dame als Gattin für meinen Freund, (Zahnbefitzer) in St. Quentin, Frankreich ge-sucht“. Daran meldete sich die Geschäftsdirektive Klara R. in Breslau, die über einige Hundert Mark Ersparnisse verfügte. Schwager kam selbst herüber und stellte sich dem Mädchen als Ingenieur vor. Am anderen Tage machte er ihr selbst einen Heiratsantrag. Dabei erzählte er viel von seiner großen „auto-mobilistischen Erfindung“, die bereits patentiert und vom preußi-schen Kriegsministerium angekauft sei. Er würde damit voraus-sichtlich „ein schweres Stück Geld“ verdienen — und später ein sorgenfreies Leben führen können. Das Mädchen ließ sich be-zören und gab dem „Ingenieur“ auf sein Verlangen zuerst 150 Mark, dann 200 Mark, angeblich zur Verwertung des Automobil-patents. Damit fuhr Schwager nach Berlin und eruchte von dort aus seine „Braut“ in Breslau um weitere 300 Mark, die er „als Kautalon“ bringend brauche. Das Mädchen ließ sich auch herbei, noch 300 Mark an ihren zweifelhaften Verehrer ab-zufordern. Schwager verübte das Geld. In Gesellschaft eines Mädchens fuhr er nach Köln und hatte die Frechheit, die Direk-torie in Breslau telegraphisch um weitere 1000 Mark anzugeben. Seit ging der Betrogenen endlich ein Licht auf; sie merkte, daß sie es mit einem gemeinen Betrüger zu tun hatte. Die ge-wünschten 1000 Mark wurden nicht abgeschickt; das Mädchen verständigte vielmehr die hiesige Polizei.

Seiner Festnahme in Köln wußte sich Schwager zu ent-ziehen. Im April 1913 konnte er schließlich doch verhaftet wer-den. Während seines Abenteurerlebens hatte er überall Verfüh-ereten verübt, die meisten wohl in Deutschland. Weil diese Straftaten jedoch alle schon zu lange zurückliegen, konnten sie in die Anklage nicht mit einbezogen werden. Zur Last gelegt wurde ihm nur, die Direktorie um 650 Mark betrogen zu haben. Der Vorsitzende, Landgerichtsrat Flenk, richtete an den Ange-klagten einige Fragen in französischer Sprache, die dieser ebenfo- auf französisch beantwortete. Schwager spricht Englisch und Fran-zösisch ebenso fließend, wie seine deutsche Muttersprache. Durch die Voruntersuchung ist einwandfrei festgestellt worden, daß sich Schwager tatsächlich in allen europäischen Hauptstädten aufhalten und drei Mal bei der Fremdenlegation gedient hat. „Die Be-handlung ist wohl in der Fremdenlegation sehr schlecht?“ fragte ihn der Vorsitzende, worauf Schwager zur Antwort gab: „Nicht nur schlecht, sondern gemein im höchsten Grade“. Im Libanon war er z. B. Kändig. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Un-gelagten 5 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und 300 Mk. Geldstrafe. Schwager erklärte, er könne dazu nichts weiter sa-gen, der Alkohol habe ihn so weit gebracht. Das Gericht ver-urteilte ihn zu drei Jahren Gefängnis und drei Jahr- ren Ehrverlust.

Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund. In der Ver-sammlung am 27. Mai wurde eine Delegationsgruppe gegründet. Als Vorsitzender und Kassierer wurde Genosse R. W. A. r. t. s. c. gewählt, als Schriftführer Genosse König und als Kassierer Genosse Dr. Landsberg. Damit ist der Anfang gemacht zu neuer kräftiger Bekämpfung des Alkoholkonsums in Arbeiterkreisen. Die Beschlüsse, die sofort gefaßt wurden, sind folgende: größere Kreise der Arbeiter für das gute Streben des Bundes zu gewinnen. Mit dem Gelobnis zu fleißiger Mitarbeit schloß die anregend verlaufene Versammlung.

Wegen Verabnahme eines Postautomaten am Haupt-postamt wurde am Mittwoch ein hiesiger früherer Uhmacher, jetzt Privatier, vom Schöffengericht zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Das Gericht sah im Tim des An-geklagten D. i. e. s. a. h. l., da er Maschinen in der Größe und Schöner von Zehnpfennigmaschinen in den Automaten steckte, und dadurch Briefmarken erlangt hatte. Das Gericht erkannte trotz der bisherigen Unberschlossenheit des Angeklagten auf 2 Monate Gefängnis, weil es seine Handlungsweise als gemeingefährlich ansah. Der als Zeuge gehörte Postinspektor konnte mehrere hundert falsche Geldstücke, Briefmarken usw. dem Gericht vor-legen, die von freibrieflichen Händen in die Postautomaten ge-worfen wurden.

Ein schwerer Unfall ereignete sich am Dienstag vor-mittag auf dem hiesigen Viehhof. Ein Knecht vom Dominium Barotroih brachte mit einem Viehwagen einige Ochsen, die er abladen wollte. Als er die hintere Wagengasse, die zugleich als Laufbrücke dient, öffnen wollte, entfalt diese seinen Händen und fiel ihm mit großer Wucht auf den Kopf. Der Knecht brach sofort benumblos zusammen. Verbeigerufene Sanitäter der Feuer-wehr legten dem Verunglückten einen Notverband an und schafften ihn mit ihrem Krankenwagen ins Kloster der Darm-herzigen Brüder, wo man einen schweren Schädelbruch feststellte.

Feuer in einem Hansflur. Mittwoch abend gegen 7 1/2 Uhr wurde die Feuerweh nach Kavelstraße 11 gerufen. Dort war im Hansflur ein Haufen Stroh, der einer Glaswaren-handlung gehörte, in Brand geraten. Das Feuer fand in dem leicht brennbaren Material gute Nahrung, so daß die Flammen bald im Treppenhause hinaufschlugen und durch eine geschlossene Holztür hindurch in einem dem Haussflur benachbarten Glasden-lager des Glasgeschäfts die Strohpäckchen in Brand zu legen begann. Dem kräftigen Vorgehen der Feuerweh gelang es, mit einem Schlauchwagen den Brand rasch zu löschen, so daß bei bereits nach drei Viertelstunden abgebrochen konnte. In der Brandstelle hatte sich eine große Menschenmenge ange-gesammelt.

Feuer in der Michaelskirche. Am Mittwoch hatte die Feuerweh zur Michaelskirche zu eilen, wo in der Sakristei ein Schrank mit Nebengeräten in Brand geraten war. Das Feuer wurde bald gelöscht.

Die Volkspflege und ihre Gegner.

Die Volkspflege ist staatlich genehmigt, ihre Verbearbeitung beginnt im Juni und am 1. Juli wird der Geschäftsbetrieb eröffnet. Fast 2 1/2 Jahre hat es gedauert, bis die neue segensreiche Gründung gestiftet war.

Die wenig diese Unternehmungen aber imstande sind, der 'Volkspflege' das Wasser abzugraben, beweist die Feststellung des Landrats Graf v. Westfalen vom Kreis Lublinhausen.

Die Gewerkschaften hätten solche Tarife eingereicht, denen die Genehmigung nicht verweigert werden konnte. Es müßte in einigen Tagen die Erlaubnis zur Geschäftsführung der 'Volkspflege' erteilt werden.

Ja, die Aufsichtsbehörde mußte die 'Volkspflege' und die von ihr eingereichten Tarife genehmigen und diese Tarife sind für die Massen der Arbeiterklasse so vorteilhaft, daß die Reaktionen aller Schattierungen ihre Duldung kaum mehr verhalten können.

Wir stehen jetzt vor der bedauerlichen Tatsache, daß die Regierung des Deutschen Reiches es ist, welche der ihr feindlich gesonnenen Sozialdemokratie geholfen hat, den letzten gewaltigen Pfeiler ihrer Organisation aufzurichten.

Mit dem Interesse für die Entwicklung der 'Volkspflege' wird — geschieht durch die Organe der Anstalt genährt — das Interesse für andere sozialdemokratische Einrichtungen kommen. Und damit ist jeder, ob Mann, ob Frau, der Sozial-

demokratie beizutreten. Denn diese geführte Regierung ist nicht feindlich, der in die Mägen ihres Reiches geraten ist.

So müssen die Gegner widerwillig der verhassten 'Volkspflege' ihren Besseren absehen, daß sie ohnmächtig sind gegenüber den bereiteten Kräften der aufgestellten vorwärtsdringenden Arbeitermassen.

Und nun ans Werk, damit die Absichten der Gegner zu schanden werden und die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volkspflege bald zur vollen Entwicklung ihrer sozialen Fürsorge gelangen möge!

Die 'Volkspflege' übernimmt Versicherungen auf Todesfall, sowie auf Todes- und Lebensfall, Rentenversicherungen, Sparversicherung sowie Versicherungen mit einmaliger Prämienzahlung.

Möge es bald zur vollen Wahrheit werden, was das Schicksal der 'Volkspflege' betrifft: möge sie bald Millionen von Versicherern zählen und über Hunderte von Millionen Mark verfügen.

* Kinderbetrügerin. Am 27. d. Mts. wurde auf der Alexanderstraße ein siebenjähriges Mädchen, das von der Mutter fortgeschickt worden war, um einige Einkäufe zu besorgen, von einer Frauensperson angehalten, die ihm die leberne Marktasche mit Inhalt unter den üblichen Vorwänden abnahm.

* Von einem Hunde gebissen. Auf der Springerstraße ist am Dienstag ein Lebrmädchen von dem Ziehhupe eines Fleischermeisters, der seinen Mantelkorb trug, ohne jede Veranlassung in den Unterhosen gebissen worden.

* Einbruch. In der Nacht zum Dienstag sind Diebe in eine Restauration auf der Pfaffenstraße eingedrungen und haben dort allem Anschein nach Geld gestohlen. Da sie aber nichts fanden, nahmen sie mehrere Kisten Zigaretten, Zigaretten, Wurst, Liköre, mehrere Paare Herren-, Damen- und Knabenschuhe und Umhängen mit.

* Einbruch. In eine Restauration auf der Frankfurterstraße sind Diebe in einer der letzten Nächte eingedrungen und haben allem Anschein nach Geld gestohlen, da sie alles durchwühlt hatten.

* Feuer. Am Mittwochabend gegen 7 1/2 Uhr wurde die Feuerwehre nach Karlstraße 11 gerufen. Hier war in dem Ladenraum eines Porzellangeschäftes eine große Menge der Strohpäckchen von Waren in Brand geraten.

* Zu einer bedeutenden Schlägerei kam es an einem der letzten Abende in einem Langlocher auf der Frankfurterstraße. Hier geriet ein Anstreicher mit einem unbekanntem Manne in Streit, der schließlich zu Tätlichkeiten ausartete.

* Auf freier Tat ertappt. Einem Bauergutsbesitzer, der am 26. d. Mts. in einer Schandwirtschaft auf der Lohstraße in Gesellschaft mehrerer anderer Männer zechte, ist, als er dann eingeschlafen war, seine Uhr aus der Tasche gestohlen worden.

falls mit dem Bestohlenen zusammenfaßt. Er bestrebt aber ganz energisch, den Diebstahl begangen zu haben. Trotzdem schaffte man ihn nach der nächsten Volkswache, wo man bei seiner Durchsuchung die gestohlene Uhr in der Unterhose vorfand.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Deutsch-Lissa. Gemeindeverordnetenversammlung. Für die Bauauskünfte Rathener Weg wurden fünf Meter tiefe Vorgärten festgelegt. Der Gemeindevorstand wurde zur Aufstellung der in Goldschmieden gelegenen Parzelle ermächtigt.

Gerhain-Dürrgoh. Unser Frauenabend, welcher bei Löbde, Schönstraße, tagte, war sehr schwach besucht. Genosse W. Müller hielt einen Vortrag über die Jahrhundertfeier der befreiten aufgenommen wurde.

Frankfurtbericht. In der Woche vom 18. bis 25. Mat dieses Jahres erkrankten an Scharlach: in Klettendorf 3 Personen, an Unterleibstypus: in Zimpel und Drachenbrunn je 1 Person.

Ein Ochse gestohlen! In einer der letzten Nächte wurde ein dem Dominium Pleißwitz gehöriger zweijähriger gelbgespelter Ochse von der Weide gestohlen.

Schlesien, Bolen und Rastbarggebiete.

Juliansdorf, Kreis Waldenburg, 29. Mai. Vernichtung eines historischen Gebäudes. Montag früh 4 Uhr brach auf der Wüstung des Guts- und Gosthofbesizers Panke Feuer aus, wodurch der im Jahre 1711 erbaute 'Grenzscham' bis auf die Umfassungsmauern niederbrannte.

Neurobe, 29. Mai. Aufgefunden Leiche. In einem Wasserfang unweit des Heidesberges, eines von Touristen gern besuchten Waldes bei Reinwald im Gultengebirge wurde die Leiche eines jungen Mannes gefunden.

Kunst und Wissenschaft.

Ein vorgezeichnetes Goldband. Ein überraschender Zufall war es, der uns vor etwa einer Woche einen Goldschmied aus Preussisch-Pommern brachte; ein Kunstwerk, das die Aufmerksamkeit des stärksten Aufsehens erregt.

Den wertvollsten Teil des Fundes bilden acht Schalen aus reinem Gold, von denen jede etwa die Größe einer offenen Hand hat. Die übrigen Objekte sind zum Teil Spiralkinge, die offenbar als Schmuck dienen.

Vor allem ist da ein Becher zu nennen, der in der Nähe von Werber bei Potsdam auftauchte. Er befindet sich jetzt im Berliner Museum für Völkerkunde.

Aus aller Welt.

Ein Rekrutendrama bei den hannoverschen Königsulanen!

Es vergeht fast kein Tag, an dem nicht von irgend woher über einen Soldatenmordprozess berichtet wird. So wird jetzt wieder aus Hannover ein besonders trauriger Fall gemeldet.

Am 2. März morgens hatte Danke im Remontierhaus zu tun, und dabei erhielt er von hinten einen Schlag über den Kopf, der auch das linke Auge traf und ihn laut aufschreien und beschwimmeln ließ in die Erde fallen ließ.

Gegen den gewalttätigen Gezeiten wurde eine Untersuchung eingeleitet und die Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung (§ 224), Mäßigung und versuchter Verletzung zum Besten eines Vorgelegten erhoben.

Für das Gericht mußte besonders die tief bebauerliche bei Busse eingetretene schwere Gesundheitsbeschädigung ins Gewicht fallen. Wie der eine Sachverständige, Glaserarzt Merz, bekundete, ist bei Busse die Sehfähigkeit des verletzten linken Auges nur noch in sehr geringem Grade vorhanden.

Das Kriegsgericht hat hierauf, wie die Berliner Volkszeitung berichtet, den Angeklagten wegen gefährlicher Körperverletzung im Sinne des § 224a, Mäßigung und versuchter Verletzung zum Besten eines Vorgelegten zu einer Gesamtstrafe von nur sieben Monaten Gefängnis verurteilt.

Es verdient erwähnt zu werden, daß durch die Zitterung des Rekruten Stollenfuß eine Reihe wissenschaftlicher Meinside verhindert wurde, denn die Befragungen dieser Zeugen schlugen bei den übrigen Zeugen wie ein Blitz ein und es erfolgten verschiedene nachträgliche 'Vertichtigungen' der bereits gemachten Aussagen.

Familientragödie. Eine schreckliche Familientragödie hat sich gestern Abend in der Kasserstraße in Berlin abgespielt. Dort hat sich eine 42jährige Ehefrau durch Leuchtgas vergiftet.

Schulkind bei Blausäure getroffen. In der Nähe des Dorfes Lüdinghausen bei Nordhausen schlug gestern der Blitz in eine Gruppe von zehn aus der Schule heimkehrenden Schulkindern ein.

Schweidnitz, 29. Mai. Servil bis auf die Knochen. Dem Berliner Tageblatt entnehmen wir folgendes: In Schweidnitz gibt es eine „Tägliche Rundschau“, die, wie wir schon wissen, mit dem Berliner Blatt gleichen Namens in seinem Zusammenhange steht. Dieses Schweidnitzer Blatt schließt in seiner Nummer vom 28. Mai das Erscheinen des Kronprinz und der Kronprinzessin bei der Breslauer Ausstellungseröffnung folgendermaßen: „Eine mächtige innere Spannung in den Gemütern wird förmlich fühlbar. Kronprinzessin! Des Kaisers Sohn an Kaisers Statt! Unser Kronprinz heute bei uns! Unsere Kronprinzessin Cecilie neben ihm. Da drüben sitzen sie — jetzt mitten unter uns. Wehe dem Geschlecht, dem nicht das Herz schlägt, wenn sein König oder seines Königs Kinder in seiner Mitte sind. Wohl dem Volke, das in freudiger persönlicher liebender Treue festhält an seines Fürsten Haus und Geblüt. Unter dieser Stimmung stand die nächste Stunde. Das Lied von Preußen und seinen Fürsten, in Wort und Melodie unweiblich und immer ungerührtlich in der Wirkung, wurde von einem aus drei Vereinen kombinierten Sängerkhor gefungen.“ Sollte es, so bemerkt das oben genannte Blatt, Kronprinzens wirklich Vergnügen bereiten, sich so angewendet zu sehen? Eine mächtige innere Uebelkeit in der Magengegend wird förmlich fühlbar.

Trautleibersdorf, 29. Mai. Mehr Bauarbeiter- schutz! Ein Unglücksfall ereignete sich Dienstag vormittag bei der Ausbesserung des Kirchturmes der katholischen Kirche. Es sprach ein Trägerbalken des Gerüsts, welcher zu den Schall- röhren herausgeführt war, und der Maurer Alois Fiedler aus Schönbürg stürzte samt dem Gerüst ab. Wenige Stunden später farb Fiedler, der 80 Jahre alt, verheiratet ist und eine Witwe mit drei unermöglichen Kindern zurückläßt. Den Folgen der er- littenen Verletzungen.

Wien, 29. Mai. 75.000 Mark für Klein- wohnungen. Die Stadtverordnetenversammlung hielt am Dienstag eine Sitzung ab. Als wichtigste Vorlage erschien der Antrag des Magistrats, aus Anlaß der Hundertjahrfeier der Beklebungskriege und des Regierungsjubiläums des Kaisers eine Jubiläumsspende zur Förderung des Kleinwohnungsbaus mit einem Kapital von 75.000 Mark zu errichten. Es sollen zum Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern Darlehen in Höhe von 30-50 Prozent des Bauwertes gegen 2 1/2-3 Prozent Zinsen gewährt werden. Man rechnet damit, daß für 6000 Mark bzw. 10.000 Mark einfache Wohnhäuser aufzuföhren sein werden. Die Versammlung erklärte sich mit dem Magistratsantrage ein- stimmig einverstanden.

Seidenberg, 29. Mai. Ein neuer Tod. Eine Ver- giftung mit Hindernissen spielte sich auf der hiesigen Bahnhof- straße ab. Zwei Verwandten nahmen einen jungen Mann fest, der ihnen äußerst verdächtig erschien. Bei seiner Ueberführung ins Polizeigefängnis steckte der Gefesselte sich plötzlich etwas in den Mund, fiel zu Boden und gestikulierte mit Händen und Füßen, sodas man glaubte, er habe sich vergiftet. Durch Zufall bemerkte man in seinem Mundstücken, das er verschluckt wollte. Nachdem ein Arzt hinzugehollt wurde, gelang es, durch gewalt- samen Eingriff festzustellen, daß das Papier aus einem Fünzig- markschein und zwei Zwanzigmarskscheinen bestand. Bei dem Verhafteten wurden auch Einbrecherwerkzeuge gefunden.

Wien, 29. Mai. Aus der Partei. Eine Wahlmänner- versammlung tagte am vergangenen Dienstag, um sich mit der Beteiligung an der Wahl der Abgeordneten zum preussischen Landtage zu beschäftigen. Der Vorsitzende gab einen kurzen Bericht über das Ergebnis der Urwahlen. Demnach sind im Kreise Wien aus der Stadt 34 sozialdemokratische Wahlmänner gewählt worden. Die Stimmenzahl für die sozialdemokratischen Kandidaten beträgt 755. Die Beteiligung war gegen 1903 größer, anmerkt man wird noch viel gearbeitet werden müssen, damit sich alle Arbeiter an der Wahl beteiligen. In einigen Bezirken unterlagen unsere Kandidaten mit 2, sogar 1 Stimme Minorität. Es wurde hierauf einstimmig der Beschluß gefaßt, der Wahl- demonstrativ fernzubleiben. Wir hoffen, daß auch die- selbigen Wahlmänner, die an der Sitzung nicht teilnahmen, trotz- dem sie eingeladen waren, sich diesem Beschluß fügen. Die Wiederwahl der bisherigen Abgeordneten können wir nicht ver- hindern und aus diesem Grunde halten wir uns der Wahl fern.

Reiße, 29. Mai. Die „Reiße Zeitung“ als Zensurbehörde. Zur Abwehr bestellt sich ein Flug- blatt eines hiesigen Kinobesizers gegen die „Reiße Zeitung“, das wir im Auszuge hier wiedergeben: In Nr. 116 bringt die „Reiße Zeitung einen jener für belächelten Behauptungen gegen das Kino. Ich muß dieser Zeitung erwidern, daß mein Programm von der Zensur- abteilung der Berliner Polizei, von der hiesi- gen Polizei und von den Damen des hiesi- gen katholischen Frauenvereins durchgesehen wird. Ich habe mich der hiesigen, sehr strengen Zensur ohne weiteres gefügt. Wenn die hiesige Polizei oder die Damen des hiesigen katholischen Frauenver- eins irgend etwas Auffälliges gefunden haben, so haben sie energisch darauf gedrückt, daß diese Bilder nicht ge- spielt wurden; oder daß die betreffenden Stellen, oft nur für hiesige Beschäftigte nicht passend, entfernt wurden. Aber die „Reiße Zeitung“ hat ja die Moral gepachtet, sie ist moralischer wie die Berliner, wie die hiesige Polizei, ja selbst über den katholischen Frauen- verein ist sie erhaben.

Nach Aufzählung einer ganzen Reihe in der „Reiße Ztg.“ ausführlich geschilderter Verbrechen, heißt es in dem Flugblatt weiter: „Und so geht jeden Tag einmal mehr, einmal weniger. Dieses Blatt, welches auf einer Seite soviel Verbrechen an- und Schmutz schildert und lehrt; wagt sich an, über das Kino, dessen Bilder doppelt und dreifach polizeilich geprüft sind, zu Gericht zu sitzen.“ Wir kennen die Bilder nicht, die den Jörn der „Reiße Zeitung“ erregt haben. Wir wissen uns auch frei von dem Ge- danken, der Vorführung von minderwertigen, das Gemüt des Menschen unglücklich beeinflussenden Darstellungen jemals das Wort geredet zu haben. Gerade wie haben immer den Stand- punkt vertreten, daß die Kinobilder für den Aufklärung- unterricht leisten können, wenn sie wirklich gute Aufnahmen aus der Natur, aus der Technik usw. bringen. Da aber in diesem Falle alle Films zweimal polizeilich geprüft, darunter sogar einmal von der Berliner Polizei, was viel sagt, und zum Ueberflus das dritte Mal sogar von dem gewiß nicht im Ver- dacht einer freien Auffassung stehenden katholischen Frauenverein geprüft worden sind, so kann man wirklich nicht annehmen, daß unrichtige Bilder gezeigt worden sind, gegen die die alte Moralität aus Reiße Feinds zu machen müssen glaubt. Wenn das kommunistische Blatt glaubt, sich als Moralist auszu- spielen, dann hätte es aber Ursache genug, bei seinen eigenen Glaubensgenossen damit in erster Reihe zu beginnen. Da hat es genug zu tun und braucht garnicht einmal so weit zu gehen. Ist ihm noch die Nachkultur von Reiße in Erinnerung? Viel- leicht versuchen es die Kinobesitzer im Verbreitungsgebiet der moralischen „Reiße Zeitung“ einmal mit der Durchführung von Filmen einer Projektion. Wir sind sicher, sie werden dann den Beifall der Moralisten von Reiße finden.

Bromberg, 29. Mai. Mit Gott für König und Vaterland! Mit vieler Tagesordnung beschäftigte sich eine Volksversammlung am Montag. Redner war der Genosse Max- weller, der zunächst auf die patriotische Lebens- weise einzutreten, und was alles unter dieser Firma von unseren

Ueberpatrioten dabei geleistet wird. An das 1 1/2 stündige Referat schloß sich noch eine längere Diskussion, in der Genosse Schulz sprach. Mit einem warmen Appl und unserm allen Kampfesruhe schloß der Vorsitzende die aufmerksame Ver- sammlung.

— Drei schwarz-weiß-rote Schleifen und drei Marx haare Geld sind in einem Briefe von drei zur Bismard-Weiße Kommandierten Arbeitern dem Partei- sekretariat zugegangen. Für das Geld sagen wir hiermit besten Dank. Die Schleifen werden wir in Versammlungen vorlegen, zum Beweis, wie Patriotismus betrieben wird. Man zwingt eben Arbeiter, gegen ihre Bestimmung solche bunte Bänder anzu- stecken. Das Bezirkssekretariat.

Flöhe, 29. Mai. Die Schutzaffe. Im benach- barten Dorfe Groß-Dresen erlief der zwölfjährige Junge Fritz Thom den gleichaltrigen Otto Jann beim Gänsehüten am See. Thom hatte eine Fesching, das an einem Jaun hing, auf Jann gerichtet und diesem die ganze Schwollabing in den Kopf geschossen. Der Kopf wurde vollständig zerrissen.

Aus Oberschlesien.

Wentzen, 29. Mai. Straßenzug. Der berüchtigte Romy Karl Polozel auf der Kludowitzer Straße schlug den Arbeiter Wessaly mit einem Faustschlage zu Boden und stahl ihm dann ein Portemonnaie mit über 40 Mark Inhalt. Der Täter wurde verhaftet.

Jabrze, 29. Mai. Töblich verunglückt. Vorgestern nachmittag wurde auf der Anschließbahn der Donnermarschritte der Rangierer Josef Fstel aus Jabrze-M. gepuffert. Die Ver- letzungen waren so schwere, daß J. gleich nach Einlieferung im Auguste-Viktoria-Krankenhaus verstarb.

Bobrze, 29. Mai. Eine tödliche Kinderkrank- heit, der Scharlach, hat in den letzten Tagen in der Familie des Arbeiters Bednoryz in Jabrze-Süd, Annastraße, drei Kinder im Alter von 9, 5 und 2 1/2 Jahren dahin- gerafft. Zwei weitere Kinder sind noch erkrankt.

Sabischn, 29. Mai. Vom Spiel in den Tod. Drei Kinder fielen bei dem Spiele am Wasser der Wehe in dieselbe. Während das eine Kind gerettet werden konnte, ertrank das Tochterchen des Rutschers Koczjanat.

Parteiangelegenheiten.

Aus der Zeit der Ausnahmezustände. Am Freitag starb in Bremen der ehemalige Polizeispizel Jhring- Mahlow, wo er die letzten Jahre seines Lebens verbrachte. Jhring-Mahlow war Volkseigent unter staatlicher Provokatur während der Zeit von Puttkamers schmachvoller Täglichkeit. Aus dieser Zeit besitzt er auch das Allgemeine „Ehren“ zeichen.

Als ein Schüler des Volkseigens Krüger suchte Jhring seinen Ehrgeiz zu befriedigen, gegen Judasohn ehrsliche Menschen scharenweise ins Gefängnis zu bringen. Ende des Jahres 1885 meldete er sich beim sozialdemokratischen Bezirksverein des Ostens in Berlin unter der Angabe, er sei Metallarbeiter und heiße Mahlow. Er spielte den eifrigen Genossen und suchte mit Eifer Komplizen für ein Attentat auf den deutschen Kaiser zu gewinnen. Das machte ihn verdächtig, zumal er es nicht bei Worten bewenden ließ, in denen er Majestätsbeleidigungen häuften; er brachte sogar Dynamit mit in die Vorstandssitzung und suchte einigen Leuten Dynamitbomben auszubringen. Am 2. Februar 1886 wurde er in einer Versammlung entlarvt, und nachdem er fürchterliche Prügel empfangen, legitimierte er sich als — Kriminalbeamter. Verhandlungen vor Gericht und im Reichstag, die sich mit Jhring-Mahlow beschäftigten, reichten sich an. Das Schandgesetz ist tot. Tot ist Bismard, der es schuf, und tot ist nun der Mann, der unter falschem Namen zahlreiche Genossen in die Schlingen jenes Gesetzes treiben wollte. Die Sozialdemokratie aber lebt und gedeiht zu immer größerer Macht. Gegen jene Macht, die sie verkörpert, ist kein Kraut gewachsen, kein kein Gesetz geschmiebt worden, das sie vernichtete. Seine letzten Lebensstage hat Jhring inmitten einer Bevölkerung verbringen müssen, die der Sozialdemokratie eine immer gewaltiger anwachsende Gefolgschaft stellte.

Sport- und Körperpflege.

11. Bundestag der Arbeiterturner.

Der erste Bundestag des Arbeiterturnerbundes wurde Sonntag nachmittag in den Kaiserjulen zu Wannheim vom Bundes- vorstehenden Harnisch-Deipzig eröffnet. Der Bundestag ist von 1124 Delegierten, 28 Kreisvertretern und Turnwarten besetzt. Außerdem sind zahlreiche Vertreter bestreuer Organisationen als Gäste anwesend. Es sind folgende Organisationen vertreten: Der Österreichische Turnerbund, der Schweizerische Turnerbund, die Zentralkommission für Sport- und Körperpflege, die Zentralfelle der Arbeiterjugend, der Arbeiterabfahrerbund, der Arbeiterschwimmer- bund und der Arbeiterathletenbund. Die vorgelegene Tagesordnung wurde bestätigt.

Die Verhandlungen wurden dann abgebrochen. Die Dele- gierten zogen in geschlossenen Zuge nach dem Rößlichen „Holen- garten“, wo unter Beteiligung tausender Turngenossen und Genos- sinnen zu Ehren der Delegierten und zum zwanzigjährigen Jubiläum des Turnerbundes ein Festbankett stattfand. Hier wurden zahlreiche Begrüßungsreden gehalten, in denen der Freude Ausdruck gegeben wurde, daß der Bund trotz aller Anfeindungen in den zwanzig Jahren prächtige Fortschritte erzielte. Die zwanzig Jahre Bestehen des Bundes — sagte der Bundesvorsitzende — seien Jahre fetten Kampfes gewesen. Gegenwärtig wände der Bund bekämpft wie noch nie. Die Gäste brachten die herzlichsten Grüße und Glück- wünsche ihrer Organisationen.

Zu Beginn des zweiten Verhandlungstages gab Bundes- vorstehender Harnisch den Geschäftsbericht. Er betraf auf den gedruckten Bericht, von dem wir bereits einen Auszug brachten und gab hierzu einige Ergänzungen. In der Berichtszeit hatte der Bund eine Zunahme von 416 Vereinen mit 29.801 Mitgliedern zu verzeichnen. Er zählte am Schlusse 1912 182.323 Vereins- angehörige über 14 Jahre. Harnisch betraht die Gründung der Zentralfelle für Sport und Körperpflege. Die Zentralkommission setzt sich aus je einem Vertreter der Arbeiterturnervereine zusammen. Der Arbeiterturnerbund ist auch im Arbeiterschwimmer- bund vertreten. Die Hauptaufgabe der Kommission solle sein, „gütlich zu wirken. Redner ist der Ansicht, daß die kleineren Vereine sich zu größeren zusammenschließen sollten. Die Schwimmer und Athleten konnten sich sehr gut dem Turnerbund anschließen. Zum Schluß seiner Ausführungen betonte Harnisch, die Tätigkeit des Vorstandes sei eine sehr reichhaltige gewesen. Der Vorstand habe getan, was in seinen Kräften stand.

Den Kassenbericht erstattete Schubert-Deipzig. Das Ver- mögen des Bundes hat sich im letzten Jahre um 20.000 Mark ver- mehrt. Das Gesamtvermögen (inkl. Bundesgeld) und außer- ordentliche Unterhaltungsstoffe betrug am Jahreschlusse 1912 201.201 Mark.

In der Diskussion wurden zunächst Anträge behandelt. Der 16. Kreis wünscht, daß der Vorstand der Agitation erhöhte Auf- merksamkeit schenkt. Der Kampf gegen Jungbeschäftigte müßte energischer geführt werden. Die übrigen Anträge betreffen sich auf Verwaltungsangelegenheiten. Unter anderem wird die Herausgabe eines einheitlichen Mitgliedsbuches sowie einheitlicher Ordinar- karten verlangt. — Rekrutiert wurde die Tätigkeit der Zentralfelle für Sport und Körperpflege. Die Kommission lasse zu wenig von sich hören. Verlangt wurde von einem Redner, daß man gegen die Fußballclubs mehr vorgeht. Die Kreisorganisation sollte anders angefaßt, Vereine angefaßt werden, die die Agitation zu betreiben hätten.

Nach Schließung der Debatte wurden Anträge angenommen, die wünschen, daß der Vorstand der Agitation erhöhte Aufmerksam- keit schenkt und bei dringenden Fällen Referenten kostenlos zu Agitationsveranstaltungen den Reisen stellt. Die An- und Ab- reisekosten der Unfälle hat sowohl an den Bezirk wie an den Bund zu erfolgen. Anstelle der Bundesmitgliedskarte ist ein Mitglieds- buch mit Beitragsrubriken und Bundesstatut herauszugeben. Es muß bis zum 1. Januar 1916 eingeführt werden.

Den Bericht der Redaktion erstattete hierauf Bildung-Deipzig. Das Pressewesen des Bundes hat durch die Beschlüsse des letzten Bundeskongresses eine wesentliche Erweiterung erfahren, die „Moderne Körperkultur“ wurde neu geschaffen und liegt in zwei Jahrgängen vor. Sie hat eine gute Aufnahme gefunden. Die Auflage der „Arbeiterturnzeitung“ beträgt rund 120.000 Exemplare, der „Freien Turnerin“ 16.000 und der „Modernen Körperkultur“ 17.000. Vom 1. Juli ab soll — so beantragt der Vorstand — eine weitere Zeitung „Jugend und Sport“ mit vierzehntägigen Erscheinungen herausgegeben werden. — Eine Aenderung in der Tendenz der Arbeiterturnzeitung sei nicht eingetreten.

In der Diskussion über diesen Bericht wurden Anträge be- gründet, die den Vorstand beauftragt haben wollen, die Turnerinnen- bewegung in den Tageszeitungen, in der „Gleichheit“ und in den Blättern derjenigen Gewerkschaften zu propagieren, die Frauen zu ihren Mitgliedern zählen. Die Arbeiterturnzeitung soll vierzehntägig, die Freie Turnerin und die Moderne Körperkultur vierwöchentlich erscheinen. — Diese Anträge fanden keine Annahme. Die Verhandlungen wurden dann vertagt.

Neueste Nachrichten.

Ein konservativer Sprengungsversuch!

Berlin, 29. Mai. Für die Landtagswahl in Nieder- und Ober-Barnim haben die Konservativen, wie die „Deutsche Tageszeitung“ mitteilt, jetzt beschlossen, den Liberalen zwei Mandate anzubieten und für sich selbst nur eins in Anspruch zu nehmen. Sie wollen, obwohl dieser Vorschlag dem Stärkeverhältnis der Wahlmänner nicht entspricht, auf jeden Fall verhindern, daß durch die Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien alle drei Mandate der Sozialdemokratie zufallen könnten. Eine Erklärung der Liberalen über Annahme dieses Vorschlages soll bis zum 30. Mai eingehen. Den ursprünglichen Vorschlag, nach welchem zwei Konservative und ein liberaler Abgeordneter ge- wählt werden sollten, haben die Liberalen abgelehnt.

Man sieht, was die Konservativen alles einsehen, um eine Einigung zwischen Sozialdemokraten und Liberalen zu hinter- treiben.

Sozialdemokratischer Erfolg!

Gann-Münden, 28. Mai. Bei den heutigen Bürger- vorsteherwahlen fiel wider alles Erwarten nur 1 Mandat an einen Nationalliberalen, während die Sozialdemo- kraten zwei Sitze eroberten, also zum ersten Male in die Mündener Stadtverwaltung ihren Einzug halten.

Der chauvinistische Nachfeldzug.

Paris, 29. Mai. Gestern nachmittag wurde abermals eine Hausdurchsuchung in der General-Föderation der Arbeiter vorge- nommen und verschiedene Bücher und Schriftstücke bei- gehalten. Der französische Ministerpräsident Barthou kündigte in einer längeren Rede im Senate neue Maß- regeln gegen die General-Föderation an, die er als den Verd der antimilitaristischen Propaganda bezehnete. Sollten sich die getroffenen Maßnahmen als unzureichend er- weisen, so werde die Regierung, wie Barthou weiter versicherte, in der Kammer schärfere Gesetze einbringen. — Der Herr dürfte bald von seinem Präsidentensessel purzeln.

Brüssel, 29. Mai. Das belgische Militärgesetz ist gestern in der Kammer in der zweiten Lesung, also endgültig, angenommen worden. Die Annahme des Gesetzes erfolgte mit 104 gegen 62 Stimmen.

Aus Marokko.

Tanger, 29. Mai. El Glau hat mit seinen Anhängern die Stadt Tarudant angegriffen. Dem plötzlichen Ansturm konnten die Jbusken nicht standhalten. Sie flohen in größter Un- ordnung unter Zurücklassung von reichlich 500 Toten und einer großen Anzahl Verwundeter. El Glau soll 50 Tote und etwa 100 Verwundete zu verzeichnen haben. Die Stadt Tarudant befindet sich in den Händen El Glaws. El Glau entfloß, nachdem er eine Vergleichung angeregt hatte.

Abermals festgefahren.

Danzig, 29. Mai. Das große Rintenschiff „König Albert“, das nach 48 stündigen unfruchtlichem Aufenthalt in der Betsel gestern Mittag glücklich wieder frei gemacht worden ist, ist kurz darauf, bevor es die tiefe See erreichte, abermals festgefahren. Obgleich etwa ein Duzend großer Schlepfer in voller Tätigkeit sind, das Kriegsschiff wieder flott zu bekommen, ist es doch bis in die späte Nachtstunde hin- ein noch nicht gelungen, das Kriegsschiff frei zu bekommen. Die Situation, in der das Kriegsschiff sich jetzt befindet, ist sehr viel bedrohlicher, als vorher, da die Gefahr des Verlandens eine viel größere ist. Außerdem speert der Schiffsloot nahezu die ganze schmale Fahrstraße in die offene See, so daß der Danziger Hafen für größere Frachtdampfer oder für Schiffe mit großem Tiefgange so gut wie blockiert ist. In der Stadt herrscht darüber große Wutregung, da es sich noch garrnötig über- legen läßt, wann das Kriegsschiff wieder abgeschleppt und der Hafeneingang frei werden wird.

Grossen s. O., 29. Mai. Bei dem Baden in der Ober- geriet die fünfzehnjährige Tochter des Weinbergbesizers Keller plötzlich in eine Untiefe und drohte zu ertrinken. Auf ihre Hilferufe sprang ihr sofort der am Ufer stehende Brautgarn der älteren Schwester, der dreißigjährige Bankbeamte Silbebrandt aus Berlin, nach und suchte sie zu retten. Leider waren seine Bemühungen vergeblich. Er geriet selbst in das rasende Wasser und beide wurden nun gemeinsam von der starken Strömung mit fortgerissen und ertranken. Die Leichen des Mädchens sowohl als des heidenmütigen Retters sind bisher noch nicht geborgen worden.

Versammlungen und Vereine.

Donnerstag, den 29. Mai:
Arbeiterlose. Nachmittags 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Max- gartenstraße 17.
Sozialdemokratischer Verein. Abends 8 Uhr Mitglieder und Wahlmänner im Gewerkschaftshaus Zusammenkunft.
Mitglieder des Konsum- und Sparvereins „Vorwärts“. Abends 8 Uhr bei Mlle. Gröschenerstraße 74.

Gögen. Frauen. Donnerstag abends 8 Uhr im bekannten Lokal.



Gründungs-Gesellschaft... Thomas Brause... Bäckereien und Konditoreien...

Badeanstalten... Bandagisten... Bettfedern und Schlaffwaren...

Bier-Brauereien, Bier-Verleger... Brauerei Sacrau... Genossenschafts-Brauerei...

Bier-Apparate, Kohlensäure... Café... Damen-Konfektion...

Drogen und Farben... Eisen- u. Stahlwaren... Fahrräder, Nähmaschinen...

Färberei u. Wäscherei... Kellerei... Kleider- u. Bekleidungs...

Fische u. Delikatessen... Garnerei... Glanz- u. Teppiche...

Gardinen, Teppiche... Glanz- u. Teppiche... Glanz- u. Teppiche...

Glanz- u. Teppiche... Glanz- u. Teppiche... Glanz- u. Teppiche...

Glanz- u. Teppiche... Glanz- u. Teppiche... Glanz- u. Teppiche...

Hüte und Mützen... Barth, H... Karsunky... Nähmaschinen...

Hygienische Artikel... Kinderwagen, Reisekörbe... Goetz Söhne...

Kaffee, Tee... Gewaltig, Heinrich... Pohl, B... Kinematographen...

Eden-Theater... Kaiser-Wilhelm-Theater... National-Theater...

Ring-Theater... Walhalla-Theater... Kleiderstoffe, Seidenwaren...

Kohlen u. Briketts... Kolonialwaren... Konfitüren und Schokoladen...

Korsetts... Lederwaren und Sattlerei... Nähmaschinen...

Milch- u. Käsewaren... Nähmaschinen... Nähmaschinen...

Nähmaschinen... Nähmaschinen... Nähmaschinen...

Nähmaschinen... Nähmaschinen... Nähmaschinen...

Hüte und Mützen... Barth, H... Karsunky... Nähmaschinen...

Hygienische Artikel... Kinderwagen, Reisekörbe... Goetz Söhne...

Kaffee, Tee... Gewaltig, Heinrich... Pohl, B... Kinematographen...

Eden-Theater... Kaiser-Wilhelm-Theater... National-Theater...

Ring-Theater... Walhalla-Theater... Kleiderstoffe, Seidenwaren...

Kohlen u. Briketts... Kolonialwaren... Konfitüren und Schokoladen...

Korsetts... Lederwaren und Sattlerei... Nähmaschinen...

Milch- u. Käsewaren... Nähmaschinen... Nähmaschinen...

Nähmaschinen... Nähmaschinen... Nähmaschinen...

Nähmaschinen... Nähmaschinen... Nähmaschinen...

Hüte und Mützen... Barth, H... Karsunky... Nähmaschinen...

Hygienische Artikel... Kinderwagen, Reisekörbe... Goetz Söhne...

Kaffee, Tee... Gewaltig, Heinrich... Pohl, B... Kinematographen...

Eden-Theater... Kaiser-Wilhelm-Theater... National-Theater...

Ring-Theater... Walhalla-Theater... Kleiderstoffe, Seidenwaren...

Kohlen u. Briketts... Kolonialwaren... Konfitüren und Schokoladen...

Korsetts... Lederwaren und Sattlerei... Nähmaschinen...

Milch- u. Käsewaren... Nähmaschinen... Nähmaschinen...

Nähmaschinen... Nähmaschinen... Nähmaschinen...

Nähmaschinen... Nähmaschinen... Nähmaschinen...

Hüte und Mützen... Barth, H... Karsunky... Nähmaschinen...

Hygienische Artikel... Kinderwagen, Reisekörbe... Goetz Söhne...

Kaffee, Tee... Gewaltig, Heinrich... Pohl, B... Kinematographen...

Eden-Theater... Kaiser-Wilhelm-Theater... National-Theater...

Ring-Theater... Walhalla-Theater... Kleiderstoffe, Seidenwaren...

Kohlen u. Briketts... Kolonialwaren... Konfitüren und Schokoladen...

Korsetts... Lederwaren und Sattlerei... Nähmaschinen...

Milch- u. Käsewaren... Nähmaschinen... Nähmaschinen...

Nähmaschinen... Nähmaschinen... Nähmaschinen...

Nähmaschinen... Nähmaschinen... Nähmaschinen...

Hüte und Mützen... Barth, H... Karsunky... Nähmaschinen...

Hygienische Artikel... Kinderwagen, Reisekörbe... Goetz Söhne...

Kaffee, Tee... Gewaltig, Heinrich... Pohl, B... Kinematographen...

Eden-Theater... Kaiser-Wilhelm-Theater... National-Theater...

Ring-Theater... Walhalla-Theater... Kleiderstoffe, Seidenwaren...

Kohlen u. Briketts... Kolonialwaren... Konfitüren und Schokoladen...

Korsetts... Lederwaren und Sattlerei... Nähmaschinen...

Milch- u. Käsewaren... Nähmaschinen... Nähmaschinen...

Nähmaschinen... Nähmaschinen... Nähmaschinen...

Nähmaschinen... Nähmaschinen... Nähmaschinen...

Die Balkanfragen.

Nachdem der englische Staatsminister Grey den Balkanbelegierten ziemlich deutlich gesagt hat, daß sie in England nichts mehr zu suchen haben, wenn sie die Friedensverträge nicht unterzeichnen, scheint es mit den Verhandlungen etwas flotter vorwärts zu gehen.

Ferner soll in Serbien ein Umschwung der Stimmung eintreten. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß die serbische Regierung auf dringendes Anraten einer ihr befreundeten Großmacht einen Vermittlungsweg ausfindig zu machen sucht, um in der Grenzfrage eine Verständigung mit Bulgarien herbeizuführen.

Griechenland unterzeichnet den Friedensvertrag?

Athen, 28. Mai. Hier verlautet, daß die hellenische Regierung dem Wunsch der Großmächte nachgegeben und seinen Delegierten in London Instruktionen erteilt habe, den Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Langsame Reservisten-Entlassungen.

Wien, 28. Mai. Die „Militärische Rundschau“ meldet: Im Hinblick auf die lange Dauer der Erhöhung des Bestandes der in Bosnien, der Herzegowina und Dalmatien bilanzierten Truppen hat der Kaiser angeordnet, die ältesten Reservisten- und Ersatzreservejahrgänge der 1902 bis 1903 meistbegünstigten Ersatzreserve, Familienerhalter und einzige Söhne aller der Jahrgänge, die leitetzeit zur Ergänzung des Truppenbestandes in Bosnien, der Herzegowina und Dalmatien einzusetzen wurden, soweit Ersatzmannschaften verfügbar sind, durch jüngere Reservemannschaften und nicht beurlaubte Ersatzreserve abzulösen.

Truppentransporte.

Belgrad, 28. Mai. Infolge der Inanspruchnahme der Eisenbahn für Truppentransporte wurde der gesamte Personen- und Warenverkehr auf den Linien Belgrad-Nisch-Piot und Nisch-Weißbach bis inklusive 30. Mai eingestellt.

Deutscher Reichstag.

153. Sitzung. Mittwoch, den 28. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr.

Im Bundesratsitz: Dr. Delbrück. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation (Abrecht (Soz.) und Genossen betr. Einschränkung des Vereins- und des Pressegesetzes in Elsaß-Lothringen.

Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt sich bereit, die Interpellation Ende der Woche zu beantworten. Es folgt die zweite Beratung des

Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes.

§ 1 lautet nach dem Kommissionsbeschlusse: „Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit besitzt.“

Ein Antrag Herzog beantragt Wiederherstellung des § 1 der Regierungsvorlage, wonach die Reichsangehörigkeit durch die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate erworben wird.

Abg. Landsberg (Soz.):

Wir hoffen, daß in einer nahen Zukunft das Prinzip der unmittelbaren Reichsangehörigkeit allein zur Durchführung gelangt, da wir den lebhaftesten Wunsch haben, daß jeder Bürger des Reichs das Verwahrloste haben möge, unmittelbarer Angehöriger des Deutschen Reichs zu sein.

Den Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage lehnen wir ab. Die Kommission hat zwar den Regierungsvorschlag in Einzelheiten verbessert, ist dabei aber mit unüberwindlicher Jagdbarkeit vorgegangen, hat wertvolle Anträge zurückgewiesen, ja sie hat sogar eine erhebliche Verschlechterung des gegenwärtigen Rechtszustandes gutgeheißen.

Wir haben in der Kommission nach verschiedenen Richtungen Anträge gestellt, deren Annahme dem wahren Fortschritt erheblich gedient hätte. Zunächst haben wir die Gleichberechtigung der deutschen Frauen beantragt.

Die deutsche Frau wird also behandelt als ein Appendix des Mannes, den sie heiratet. Aber unser Antrag, der Frau das gleiche Recht zu gewähren, das der Mann hat, wurde von sämtlichen bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Es ist unbegreiflich, daß dieselben Herren, die sonst das Nationalgefühl so außerordentlich hochschätzen, eine deutsche Frau mit dem Verlust der Reichsangehörigkeit bestrafen, wenn sie einen Ausländer heiratet, noch dazu in einem Gesetz, das nach der Ansicht seiner Väter dem Deutschstum Kräfte erhalten soll.

Alle die Proteste der Frauen hat man sich hinweggesetzt mit dem Einwand, das Band der Ehe sei so innig, daß für verschiedene Nationalitäten innerhalb der Ehe kein Raum sei. Mit demselben Recht könnte man verlangen, daß in einer Ehe nur das religiöse Bekenntnis des Mannes gelten dürfe.

Wir beantragen, daß Deutschen der Erwerb einer anderen deutschen Staatsangehörigkeit erleichtert werden soll. Wir haben in der Kommission versucht, auch hinsichtlich einwandfreien Ausländern, die eine gewisse Zeit in Deutschland gewohnt haben, ein Recht auf Einbürgerung zu gewähren, mindestens aber solchen Ausländern, die aus der Ehe zwischen einem Ausländer und einer deutschen Frau hervorgegangen sind.

Wir beantragen, daß Deutschen der Erwerb einer anderen deutschen Staatsangehörigkeit erleichtert werden soll. Wir haben in der Kommission versucht, auch hinsichtlich einwandfreien Ausländern, die eine gewisse Zeit in Deutschland gewohnt haben, ein Recht auf Einbürgerung zu gewähren, mindestens aber solchen Ausländern, die aus der Ehe zwischen einem Ausländer und einer deutschen Frau hervorgegangen sind.

Heimatlose so zu behandeln.

Wie es Preußen gegenüber den Personen tut, die durch eine unglückliche Bestimmung des dänischen Staatsrechts zu Staatslosen gemacht sind und nun ein Jangbald sind in den Händen der preussischen Behörden. Unter diesen Verfolgten sind Leute, deren deutsche Staatsangehörigkeit von preussischen Gerichten festgestellt ist, was aber die Verwaltungsbehörden einfach nicht anerkennen.

Es sind Männer darunter, die in der deutschen Armee gedient und die im Kriege für Deutschland ihr Blut vergossen haben (Lebhafter Hör, hört! Inks!). Und wo ist schließlich ein Staat, der die Einbürgerungsanträge je nach dem Glaubensbekenntnis des Antragstellers verschieden beurteilt, und der namentlich Juden unbedingte Zurückweisung. Ich will nicht bestreiten, daß dem § 7a einige geringe Verbesserungen gegenüberstehen, so daß der Witwe oder geschiedenen Frau, die vor ihrer Verheiratung Deutsche war, ein Einbürgerungsrecht gewährt wird, aber nur, wenn sie unbescholten ist.

Was aber die preussischen Behörden für eine Auffassung von „Unbescholtenheit“ haben, das hat der Fall Duxell gezeigt, wo einem jungen Manne deshalb das Einbürgerungsprivileg aberkannt wurde, weil er wegen Heberverletzung des Vereinsgesetzes mit 5 Mark Geldstrafe bestraft worden war. (Hört, hört! bei den Soz.) Das Verwaltungsstreitverfahren muß zulässig sein in allen Fällen, wo das Gesetz, wenn auch nur bedingt, das Recht auf Einbürgerung einem Nichtdeutschen gewährt. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Felzer (Zentrum): Ganz so schlecht ist der Entwurf dem doch nicht. Wir erwarten von dem Gesetz eine wesentliche Förderung des Deutschums. Im allgemeinen sollen Ausländer nur naturalisiert werden, wenn Deutschland einen Gewinn davon hat. Wir wollen nicht, daß Massen von galizischen Hausverren oder mittellosen russischen Arbeitern naturalisiert werden. (Sehr richtig! im Ztr.)

Abg. Beck-Heibelberg (natl.): Auch wir sind der Ansicht, daß das Gesetz einen Fortschritt bedeutet. Im gewissen Sinn müssen auch politische Momente auslaggebend sein für die Naturalisation, denn man kann dem Staat nicht zumuten, daß er Elemente aufnimmt, von denen er weiß, daß sie staatsfeindliche Bestrebungen verfolgen. Das würde auch im Zukunftsstaat geschehen.

Abg. Dr. Giese (Fon.): Erklärt das Einverständnis seiner Partei mit den fraktionsbeschlüssen und meint, daß man den Ausländern nicht ein so weitgehendes Recht auf Erwerb der Staatsangehörigkeit zuerkennen könne, wie es die Sozialdemokraten wollen.

Abg. Stand (Vpl.): Wir begrüßen besonders freudig die Bestimmungen über den Erwerb einer direkten Reichsangehörigkeit. Deshalb ist es bedauerlich, daß der Grundsat, daß die Geburt und Erziehung in einem Lande die Staatszugehörigkeit in diesem Lande ohne weiteres zur Folge hat, nicht durchgedrungen ist. Dieser Gedanke ist unalienbar germanischen Ursprungs. (Hört, hört! b. d. Soz.) Den zu weit gehenden sozialdemokratischen Anträgen können wir nicht zustimmen.

Abg. Dombel (Vole) spricht über die Behandlung polnischer Arbeiter in Preußen und über die Ausweisungspraxis der polnischen Polizei.

Abg. v. Liebert (Vpl.) begrüßt das Gesetz. Jeder Deutsche, der sich der französischen Fremdenlegation verschreibt, sollte als Paria aus dem deutschen Volke für immer ausgeschlossen sein.

Abg. Herzog (Wirtsch. Vgg.) lobt den Ausschluß „Reichsangehöriger“, der einen über den staatlichen Rahmen hinausgehenden völkischen Inhalt hat.

Abg. Gaeay (Wl.) führt Klage über unberechtigte Verweigerung der Naturalisation in Elsaß-Lothringen.

Damit schließt die Debatte. § 1 wird in der Kommissionsfassung angenommen. Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr. — Schluß 6 1/4 Uhr.

Die Militärvorlage

in der Budgetkommission.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Mittwoch-Sitzung wurde zunächst die Frage entschieden, ob nunmehr nach den Wünschen der Schwarz-Blauen zunächst die erste Lesung der Deckungsvorlagen vorgenommen, oder die Militärvorlage in zweiter Lesung von der Kommission verabschiedet wird.

Die Fraktionen haben am Dienstag abend zu dieser Frage Stellung genommen. Namens der Konserverbuben erklärte Abg. Graf Westarp, es sei unbedingt erforderlich, gleichzeitig mit der Militärvorlage die Deckungsvorlagen zu verabschieden. Die Konserverbuben behielten sich vor, durch Anträge zur Geschäftsordnung in diesem Sinne zu wirken.

Er fragte die Regierung, ob auch sie sich zu dem Ausspruch des Kriegsministers bekennt, der größten Wert darauf lege, unter allen Umständen bis Militärvorlage bis Ende Juni zu verabschieden, oder ob die Regierung nicht auch die gleichzeitige Erledigung der Deckungsvorlagen wünsche. — Schachsekretär Kühn erklärte, daß die Reichsregierung es als selbstverständlich angesehen habe, die Ausgaben für die Militärvorlage nicht aus Anleihemitteln zu decken, sondern daß im Laufe des Sommers die Deckungsfrage erledigt wird. Die sofortige zweite Lesung der Militärvorlage entspreche aber auch den Wünschen der Regierung. — Die Abgeordneten Wassermaun und Tischbein betonten, daß selbstverständlich nach Erledigung der Militärvorlage die Deckungsvorlagen vorgenommen werden muß. Von der Untündigung der Konserverbuben hätten die Liberalen mit großem Interesse Kenntnis genommen. — Abg. Graf Westarp kritisierte, irgend eine Obstruktion angekündigt zu haben, aber die Deckungsfrage müßte geklärt werden, ehe an die Verabschiedung der Militärvorlage gedacht werden kann. — Schachsekretär Kühn gab nunmehr namens der Regierung die Erklärung ab, daß

Aus aller Welt.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Der Kopf abgerissen. Bei den Fortifikationsarbeiten auf der Insel Helgoland hat sich Mittwoch morgen ein schwerer Unfall zugetragen. Dort führte beim Heben einer Panzerdecke eines 21-Zentimeter-Geschützes der Söldgruppe ein Kran zusammen. Dem 17-jährigen Arbeiter Josef Klein aus Bayern wurde der Kopf abgerissen. Die anderen Arbeiter konnten sich durch rechtzeitige Flucht retten.

Im Meer erstickt. In der Waldauer Fabrik bei Zeitz ist der Arbeiter Werner infolge eines Schwindelanfalles in ein gefülltes Teerbassin gestürzt und darin erstickt.

Im Meer verbrüht. In Meissen fiel der Dachdeckergehilfe Bieschang bei einem Leiterbruch in den tosenden Meer; er wurde so schwer verbrüht, daß er im Krankenhaus hoffnungslos darniederliegt.

Schweres Explosionsunglück. In einer elektrotechnischen Fabrik zu Heydt (Rheinland) wollten Arbeiter den im Schacht befindlichen Synphon, der an die städtische Kanalisation angeschlossen war, ausbessern. Um sich davon zu überzeugen, ob die Grube Gase enthalte, warf einer der Arbeiter ein brennendes Stück Papier hinab. In demselben Augenblick erfolgte eine Explosion, wodurch fünf Arbeiter schwere Brandwunden erlitten.

Eine unauferklärte Mordtat. Eine dunkle Mordtat hat sich am Mittwoch vormittag gegen 10 Uhr in Hannover abgespielt. Eine dort wohnende Familie hatte ein Zimmer vermietet. Ein in der Mitte der zwanziger Jahre stehender, gut gekleideter Herr, der angeblich den besseren Ständen angehöre und sich „Zoll“ nannte, mietete das Zimmer angeblich für seinen Bruder. Der Herr verließ alsdann das Zimmer und kehrte nach einer Stunde mit einem 15-jährigen jungen Menschen wieder zurück. Beide wurden auf der Treppe gesehen. Kaum war der Herr mit dem Knaben im Zimmer, als ein Schuß frachte. Der Herr verließ eilig das Zimmer und das Haus. Als ein Dienstmädchen auf den Schuß herbeieilte und den vermipteten Wohnraum betrat, fand es den Knaben in einer großen Wulstschleife hängend. Er hatte einen Schuß in

die linke Schläfe erhalten, die Schädeldecke war zertrümmert und das Gehirn an der anderen Seite wieder herausgetreten. Der schwerverletzte Knabe wurde in das Krankenhaus geschafft, wo er bald darauf verstarb. Von dem Täter hat man bisher noch keine Spur, wenngleich eine Befragung desselben bekannt ist. Der Polizeipräsident hat auf die Ergreifung des Mörders eine Belohnung von 500 Mk. ausgesetzt.

Ein würdiger „Fahfinder“. Der „Feldmeister“ der Mannheimer Pfadfindertuppe, Musiklehrer Christian Thomas, lockte im August letzten Jahres einen Jungen seiner Abteilung in seine Wohnung und verging sich an diesem in der schäuflichsten Weise. Die Strafkammer in Mannheim verurteilte den Wüstling zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten und hob in der Urteilsbegründung hervor, daß es sich bei dem Feldmeister um einen pervertierten, fittlich defekten Menschen handelt.

— Noch ein „Fahfinder“. In Singen (Amt Konstanz) hat sich der Hauptfeldmeister Sch. gegenüber jungen Pfadfindern fittlich schwer vergangen. Er ist unter Hinterlassung von Schulden geflüchtet. Sch. war Führer der Pfadfinder. Die Angelegenheit erregt in Singen und in der Umgegend großes Aufsehen.

Ein neues Opfer des Hauptmanns Saubez. Bei Kanalisationsarbeiten in der Straße der Heiligen Anna in Madrid fanden Arbeiter in einer Tiefe von einem Meter ein menschliches Skelett, das sich erst seit einigen Wochen an der Stelle befinden dürfte. Der Fund hat in der Stadt das größte Aufsehen hervorgerufen. Die Polizei vermutet, daß es sich um ein neues Opfer des Mörder-Hauptmanns Saubez handelt.

Wegen Spionage verurteilt. Der Mechaniker Rocco und der Ingenieur Lus wurden wegen Spionage zugunsten Italiens im Kriegshafen von Pola zu zwanzig bzw. acht Monaten schweren Kerkers verurteilt.

Ausgewiesen. Der Centur Mario Grello, Expräsident der italienischen Dandelskammer in Paris, der während des italienisch-türkischen Krieges mit der Türkei wegen Verkauf von Waffen und Munition verhandelt hatte, wurde aus Frankreich ausgewiesen.

Die Bombe der Suffragettes. In Bristol wurde gerade als ein Expresszug die Station durchließ, von einer unbekanntem Frauensperson eine Bombe auf den Bahnsteig geschleudert, die mit großem Knall explodierte, ohne aber mehr als einige Fensterbrüche zu verursachen. Man hat bisher noch keinerlei Anhaltspunkte über die Person der Attentäterin, doch

lassen die Papierfetzen, in die die Bombe eingewickelt war und in denen das stöbliche „Hoch das Stimmrecht für die Frauen!“ stand, vermuten, daß die Urheberin in den Reihen der Frauenrechtlerinnen zu suchen ist.

Budenkreiche. Sechs Mitglieder der studentischen Verbindung Frisia haben in der letzten Nacht aus dem Schwannenhäuschen in den Parkanlagen am Albaniter in Göttingen zwei Schwanneneier entwendet und sie dann auf dem Straßenpflaster kaputt geworfen. Da schon in jedem Jahre durch derartige gemeine Streiche die Frucht der Schwane zerstört worden ist, so ist gegen die Studenten Strafantrag gestellt worden.

Kommunale Korruption. Tschechische Blätter in Böhmen beschuldigen sich mit dem Skandal des Prager Wasserwerks. Es sollte 1906 fertiggestellt sein, aber bis heute ist noch kein Ende abzusehen. Es sollte neun Millionen Kronen kosten, wird aber in Wirklichkeit 50 Millionen Kronen, also „nur“ 41 Millionen Kronen zuviel erfordern. Infolgedessen stellt sich das Raummeter Wasser statt auf 2 Heller auf 30 Heller! Zu guter Letzt aber langt das Wasser nicht einmal für die 500 000 Einwohner von Groß-Prag.

Das ist ja eine recht nettliche Baugeschichte. Unmöglich kann dabei alles mit rechten Dingen zugegangen sein. Die Stadtverwaltung liegt in tschechischen Händen.

Reine Notizen.

— Die Reise einer Flaschenpost. In London traf dieser Tage die Nachricht von der Auffindung einer Flaschenpost ein, die am 5. November 1912 1280 Seemeilen nordwestlich von Kapstadt ins Meer geworfen wurde. Am 6. April dieses Jahres wurde diese Flaschenpost an dem Eingang zur Port Phillip-Bai in Australien aufgefunden. Daraus ergibt sich, daß die Flasche in fünf Monaten eine Entfernung von nicht weniger als 7250 englischen Meilen zurückgelegt hat. Sie muß also mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von mehr als drei Kilometern in der Stunde über das Weltmeer getrieben sein.

— New York, die zweitgrößte Stadt der Welt. Nach einer Mitteilung des New York Herald betrug die Einwohnerzahl von Groß-New York auf Grund eines amtlichen Statistisches des Jahres 1917 5.832.000 Menschen. Die Einwohnerzahl New Yorks ist demnach der von London überlegen, da London nur 4.526.635 Einwohner zählt. Nichts man jedoch die Vorstädte Londons hinzut, so blüht London immer noch die größte Stadt der Welt. New York tritt in diesem Jahre an die zweite Stelle, da London mit Einschluß seiner Vorstädte 7.001.000 Einwohner aufzuweisen hat.

